

Danziger Zeitung.

Nr 9438.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerha regoße No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Th. 50 Pf. — Auswärts 5 Th. — Inserate, pro Seite 20 Pf., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Metzeyer und Hub. Nosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Teogr. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Wien, 17. Nov. Cardinal Rauscher ist an der Lungenentzündung bedenklich erkrankt.

Bрюссель, 17. Nov. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellierte der Deputirte Pirmez die Regierung über die beträchtlichen Verläufe von Waffen und Kriegsmaterial seitens des Militärdepartements in Charleroi und hob die Bedenken hervor, zu denen diese Verläufe Anlaß gaben. Der Finanzminister Malou beantwortete die Interpellation dahin, daß die erwähnte Angelegenheit allerdings in Erwägung gezogen werden müsse, indeß glaubte er, daß der Anlauf der Waffen nicht in der Absicht einer unerlaubten Verwendung erfolgt sei. Die Regierung habe übrigens nur einen Verlauf von Waffen veranlaßt. Endlich bemerkte der Minister, daß die Gesetzgebung keine den Verlauf von Waffen betreffende Bestimmung enthalte. Die Regierung hoffe jedoch, bald in der Lage zu sein, der Kammer einen auf diesen Gegenstand bezüglichen Gesetzentwurf vorlegen zu können, durch den die Nebelstände, welche sich möglicherweise bereits ergeben hätten oder in Zukunft noch ergeben könnten, beseitigt werden würden.

Reichstag.

10. Sitzung vom 17. November.

Zunächst wird der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 10. Juni 1872, betreffend die Entschädigung der Inhaber veräußerlicher Stellen im Justizium in Elsaß-Lothringen, in dritter Beratung unverändert angenommen. Dagegen knüpft sich eine längere Debatte an den Gesetzentwurf, betreffend die Befreiung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen, wie er aus der zweiten Beratung hervorgegangen ist. Man wolle sich erinnern, daß in derselben die Vorlage der Regierungen vornehmlich dahin abgeändert wurde, daß die facultative Desinfektion der Rampen und der Ein- und Ausladestellen in Zukunft eine obligatorische sein und die Reinigung der Wagen und Gerätschaften an Orten, an welchen mehrere Eisenbahnen münden, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, centralisiert werden soll (§ 1). Ferner sollen die näheren Bestimmungen über das anzuwendende Verfahren auf Grund der von dem Bundesrat aufzustellenden Normen von den Landesregierungen nur in Bezug auf aus dem Auslande kommende Eisenbahnwagen getroffen werden (§ 3). Heute liegen nur zur dritten Beratung verschiedene neue Anträge vor. Dr. Zinn will, daß die Centralisation der Reinigung der Wagen und Gerätschaften an den oben bezeichneten Orten angeordnet werden kann und nimmt auch die See-, Fluss-Fahrzeuge und Fähren in das Gesetz auf. Thilo beantragt den § 1 der Vorlage wieder herzustellen, d. h. den facultativen Reinigung der Rampen und Ein- und Ausladestellen an Stelle der obligatorischen den Vorsprung zu geben und von der Centralisation des Reinigungsverfahrens an Orten, an welchen mehrere Bahnen münden, abzusehen. Dagegen will Thilo hinter § 2 folgenden neuen § einschalten: "Der Bundesrat ist ermächtigt, Ausnahmen von der durch die §§ 1 und 2 festgesetzten Verpflichtung für den Verkehr mit dem Auslande in jenseitig zu erlauben, als die ordnungsmäßige Desinfektion der zur Beförderung bestimmten, im Auslande entladenen Wagen vor deren Wiedereingang genügend sichergestellt ist. Auch ist der Bundesrat ermächtigt, Ausnahmen von der gebotenen Verpflichtung für den Verkehr im Inlande zuzulassen, jedoch für die Beförderung von Rindvieh, Schafen und Schweinen nur innerhalb solcher Theile des Bundesgebietes, in welchen seit länger als drei Monaten Fälle von Lungenentzündung von Maul- und Klauenentzündung vorgekommen sind."

Präsident Delbrück erklärt, daß die Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Beratung für die verbündeten Regierungen unannehmbar geworden ist. Ihre Bedenken beziehen sich auf die Abänderungen der §§ 1 und 3 (s. o.). Man wollte den Eisenbahnen Verpflichtungen auferlegen, welche, wenn nur die sanitätspolizeilichen Rückstufen in's Auge zu fassen wären, gewiß eine größere Verhöhung gewähren würden, als die bisherigen Vorschriften. Aber man hat sich nicht klar gemacht, welche Consequenzen aus der unbestandenen gebliebenen Bestimmung herzuleiten seien dürften, daß die Eisenbahnen befreit sind, innerhalb der vom Bundesrat festzulegenden Normen Gebühren für die ihnen durch das Gesetz auferlegenden Leistungen zu erheben. Der Bundesrat wird bei Feststellung dieser Gebühren unzweifelhaft davon ausgehen, daß es durchaus recht und billig sei, den Eisenbahnverwaltungen die durch das Gesetz ihnen auferlegten Aufwendungen voll zu ersparen. Wenn die Desinfektion der Rampen und der Ein- und Ausladestände unbedingt obligatorisch gemacht würde, dann müßten durchaus die Rampen dem entsprechend umgeändert werden. Nach einer oberflächlichen Berechnung ist anzunehmen, daß der Umbau zur Einrichtung solcher Viehrampen durchschnittlich 250 Thlr. zu stehen kommen würde, an vielen Orten mehr, dies erfordert für die 4067 deutschen Eisenbahnstationen ein Capital von 3 Millionen Mark, und wenn man zur Verzinsung und Amortisation derselben nur 6 Proc. rechnet, jährlich 180 000 M. Dazu treten die Kosten für die Desinfektion selbst, die auf 1 M. für einen gewöhnlichen Wagen, 2 M. für einen Etagewagen und auf 1 M. für die Wagennmittheilte berechnet sind, welche bei der Entleihung von Wagen anderer Eisenbahnen durch die in Folge der Desinfektion bedingte längere Leibfrist zu zahlen ist. Auf dem Berliner Viehhof sind die Kosten erheblich höher: sie betragen durchschnittlich 2 M. 25 Pf. Kosten der Desinfektion 1,7 M. für Wagennmittheilte 1 M. Diese Kosten mögen sich bei großen sogenannten Viehzügen verhältnismäßig verringern, besonders auf größere Entfernungen, weil das Moment der Entfernung bei diesen Gebühren ganz wegfällt; aber der ganze lokale Viehverkehr auf der Eisenbahn würde durch die Annahme der in der zweiten Lesung beschlossenen Bestimmungen so verhunert, daß er bald ganz aufhören und das Vieh auf den Landstraßen transportirt würde, wobei die Ansteckungsgefahr eine größere sein würde. Der heutige Antrag des Abg. Zinn, der die Centralisation der Desinfektion ist unannehmbar; über die von demselben Abgeordneten

vorgeschlagene Desinfektion der See- und Fluss-Fahrzeuge hat der Bundesrat sich schließlich zu machen nicht Gelegenheit gehabt.

Abg. Zinn: Es ist ganz richtig, daß die Annahme unseres Antrages mit Nothwendigkeit dahin führt, die Ein- und Ausladestellen zu asphaltiren und für Feuchtigkeit undurchdringlich zu machen; aber dies ist ja auch das einzige Mittel, um überhaupt der Verbreitung einer Seuche wirklich entgegenzutreten; denn die Wissenschaft hat längst dargethan, daß das Desinfizieren des Reichsreichs gar nichts nützt. Wollen Sie dies allein wirklich tun, und deshalb nicht annehmen, weil die Kosten so groß sind, so dann ziehen Sie auch die logische Consequenz und verwerten Sie das ganze Gesetz. Unter den Sachverständigen, die ich hierüber consultirt habe, und es sind die bedeutendsten wissenschaftlichen Namen darunter, habe ich auch nicht einen einzigen gefunden, der nicht mit mir als unerlässlich und als das einzige allein Wirkliche verlangt, daß die Rampen und die Ein- und Ausladestellen in erster Linie desinfiziert werden müssen. Einen solchen einstimmigen Ausspruch der Vertreter der Wissenschaft sollte das Haus doch nicht pure umbeachtet lassen.

Abg. Richter (Meissen): Auch ich bin dafür, daß wir im Prinzip die Beschlüsse der zweiten Lesung nicht fallen lassen sollten.

Abg. Frhr. Norddech zu Rabenau: Ich meine, es ist verständiger, lieber eine Abzugszahlung anzunehmen als gar nichts zu bekommen und das ganze Gesetz zu Falle zu bringen. Ich kann mich deshalb mit dem Amendment Thilo zu § 1 und 2 nur einverstanden erklären, um so mehr als darin auch der kleine und Lokal-Verkehr eine angemessene Berücksichtigung findet. Redner wünscht, daß sich der Bundesrat darüber erkläre, wie desinfiziert werden soll.

Damit schließt die allgemeine Discussion und die über § 1 beginnt. — Abg. Thilo: Das ganze Gesetz zu verwerfen, wenn die Bestimmung wegen des Desinfizierens der Rampen und Aus- und Einladestellen nicht mit aufgenommen wird, hieße doch das Kind mit dem Bade ausschütten. Sollen sämtliche Ein- und Ausladestellen auf den vielen tausenden Eisenbahnstationen wirklich asphaltirt werden, so hieße das den Viehtransport im Reiche mit einer Steuer belegen, die den lokalen und kleineren Eisenbahnverkehr gerade aufzöhre. — Abg. Zinn: Die Frage, wie denn eigentlich desinfiziert werden soll, ist sehr gerechtfertigt. Die wissenschaftlichen Berichte haben zu einem positiven Resultat über den Nutzen der Desinfektion durch chemische Mittel u. s. w. nicht geführt, sondern unsicher und unzweifelhaft gelassen, ob eine solche Maßregel nötig oder nicht. Der einzige unbedingte Nutzen, der positiv und zweifellos nachgewiesen ist, ist der der Reinigung; und je allein muss auch hier die Hauptaufgabe bleiben. — Präsident Delbrück: Die Frage, wie desinfiziert werden soll, können wir nicht beantworten, weil wir für die Wirklichkeit eines Verfahrens, das wir in das Gesetz hineinschreiben, nicht unbedingt garantieren können. — Der Antrag Thilo auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu § 1 wird hieran angenommen und findet damit die Gegenanträge des Abg. Dr. Zinn erledigt. — § 2 wird unverändert genehmigt und nachdem hierauf der Abg. Zinn seine ferneren vorliegenden Anträge zurückgezogen, werden auch der von dem Abg. Thilo neu beantragte § (s. oben) und demnächst die übrigen Paragraphen des Gesetzes nach den Beschlüssen der zweiten Lesung vom Hause angenommen.

Von den Abg. v. Behr-Schmidow und Frhrn. v. Malschahn-Gültz ist im Anschluß an das Gesetz folgende Resolution beantragt: "Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, nach Publikirung des vorliegenden Gesetzes ernste Anstrengungen zu machen, um die Hindernisse zu beseitigen, welche der Einfuhr des deutschen Fleisches für den Londoner Markt entgegenstehen." — Abg. v. Malschahn-Gültz: Nach Annahme des obigen Gesetzes liegt nicht der mindeste Grund mehr für die britische Regierung vor, den Import von deutschem Fleisch derartig zu erläutern, wie das jetzt und zwar mit solchem Erfolg geschieht, daß competente englische Autoritäten die Wertminderung pro Haupt deutsches Rindfleisch für den Londoner Markt auf 40 M. schätzen. Wenn auch bis jetzt die bisher schon Seitens der Reichsregierung angestellten Bemühungen zur Aufhebung der Einfuhrbeschränkung keinen Erfolg haben sollten, so würde man in Deutschland kaum noch zweifeln können, daß diejenigen Recht haben, welche in den Anordnungen der britischen Regierung nicht eine Vorstabsmaßregel gegen Einschleppung von Viehseuchen, sondern eine protectionistische Begünstigung englischer Viehzüchter erblicken. — Abg. Zinn schließt sich der letzten Bemerkung an und bedankt, daß die beantragte Desinfektion der Schiffe, die zum Viehtransporte dienen, abgelehnt ist. Dadurch ist England der Vorwand in die Hand gegeben, zu sagen: wir können diese Maßregel nicht hinlänglich geschützt sind. Abg. Norddech zur Rabenau bestreitet, daß Maßregeln bei der Viehimport in England nur im schätzöllnerischen Interesse ergriffen sind. Die Rinderpest der letzten Jahre hat gerade in England ungeheure Verheerungen angerichtet, so daß dies Motiv für das Bestehen der Maßregel wohl ausreichend sein dürfte, zumal in England die gesetzliche Verpflichtung zur Desinfektion der Schiffe, welche zum Viehtransport dienen, tatsächlich besteht. — Die Resolution wird hierauf angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Abg. Stenglein vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Umwandlung von Aktien in Reichswährung. § 1 lautet mit einer später angenommenen redaktionellen Änderung von Wolffson: "Die Bestimmung des Art. 207a. des Handelsgesetzbuchs Absatz 3 lautet: 'Der Nominalbetrag der Aktien oder Aktienanteile darf während des Bestehens der Gesellschaft weder verminderd noch erhöht werden', findet keine Anwendung, wenn der Nominalbetrag von Aktien, welche nicht auf Thaler Courant oder Reichswährung lautet und nicht in einer mit fünfzigtheilbaren Summe in Reichswährung umgerechnet werden kann, auf den nächst niedrigeren durch fünfzigtheilbaren Betrag in Reichsmark vermindert oder auf den nächst höheren durch fünfzigtheilbaren Betrag in Reichsmark erhöht wird." § 2: "Eine Umwandlung nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes ist nur statthaft, wenn diese Umwandlung vor dem 1. Januar 1878 beschlossen und zum Handelsregister angemeldet worden ist." — Abg. Dr. Siemens: Ich

sollte, den Gesetzentwurf abzulehnen, zu welchem weder ein praktisches noch ein theoretisches Bedürfnis vorliegt und der lediglich auf die allerdings sehr schwierige Umrechnung von 200 Gulden-Aktien in Reichsmark gestützt ist. Wenn zwei Juristen ersten Ranges, Mitglieder des Reichsoberhandesgerichts, uns versichern, daß Alles, was die Praxis verlangt, in dem bestehenden Rechte enthalten ist, so liegt kein Grund vor, ein neues Gesetz zu geben. Dass die Reichswährung wirklich die Rechnung der süddeutschen Aktiengesellschaften erschwert, muß ich bestreiten, denn es ist ihnen ganz gleichgültig, ob sie auf der Debetseite 999 999 M. oder 1 000 000 M. stehen haben, und ich kann nur das als richtig zugeben, daß bei Aktien, welche an der Börse nicht nach Stück, sondern nach Procenten gehandelt werden, der Commiss ca eine Viertel-Minute mehr Zeit brauchen wird, wenn er Zinsen und Dividende von 345 M. und so viel Pfennigen statt von 350 M. ausrechnen muß. Man sagt, daß das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes den Handel er schwert. Auf die Gefahr hin für einen Körper am heiligen Menschenstand gehalten zu werden, halte ich die Entwicklung, welche der Handel in Aktien genommen hat, keineswegs für unbedenklich. Er verfügt das Kapital immer mehr und mehr in Papiermittel, die heute in den und morgen in jenen Händen sind, die man des Commiss wegen erwirkt, ohne Partner am Geschäft sein zu wollen, für welches auch der Director unter diesen Umständen das Gefühl der Verantwortlichkeit verliert. So ist es gekommen, daß auch die ärmsten Klassen, Haushalte und Witwen ihr Geld in Aktien angelegt haben. Ich würde es daher befürchten, wenn durch die Annahme des Antrages Stenglein der betreffende Weg der Aktien-Gesetzgebung eine neue Förderung erfahren sollte. — Abg. Sonnemann: Drei Gebiete sind bei der Umrechnung in Reichswährung interessant: Hamburg, Bremen und Süddeutschland. Für die ersten beiden Orte hat der gegenwärtige Entwurf gar kein Interesse, denn Mark Banco lassen sich leicht in Reichsmark umrechnen; für das Bedürfnis Süddeutschlands genügt die Vorlage dagegen nicht, denn unsere Aktien sind zweierlei Art; entweder sie sind solche, die nach dem Stückzahl gehandelt werden — und für diese kommt das Gesetz nicht in Betracht — oder sie lauten wie die französischen 500 Francs-Aktien oder die österreichischen 300 Gulden-Aktien über einen gleichen Nominalbetrag, und bei diesen hat es wieder keinen Sinn, wenn man z. B. Beträge von 100 Gulden in solchen von 1700 M. umwandelt — und das will auch möglich sein. Was man will, ist, daß es zulässig sein möchte, sie in Beträgen von 2000 M. umzuwandeln. Angesichts der vielen Schwierigkeiten, welche sich sonst noch darstellen, möchte es empfehlenswert sein, den § 1 unter Annahme folgender motivirten Tagesordnung abzulehnen. „In Erwägung, daß der Art. 207a Absatz 3 des deutschen Handelsgesetzbuchs nur gegen eine fictive Vermehrung oder Verminderung des Nominalbetrages der Aktien gerichtet ist, nicht aber eine Verminderung mittelst effekiver Rückzahlung oder eine Vermehrung mittelst effectiver Zuflusses, oder eine Zusammenlegung von Aktien unbedacht der Artikel 219 und 248 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs verbietet, geht der Reichstag über den § 1 des Antrages des Abg. Stenglein zur Tagesordnung über.“ — Abg. Bamberger: Selten habe ich es erlebt, daß mehr als 24 Pfundsteine aufgefahrt worden sind, um einen armen Sperrling tot zu schießen, als es der Abg. Siemens gethan, der sogar die sozialen Grundlagen der Gesellschaft aufzuhüllen für nötig gehalten hat, wo es sich lediglich um die Accommodation an ein praktisches Bedürfnis handelt, um welche die Bevölkerung bitten, und die zu gewähren die Gerechtigkeit erfordert, da wir die Münzwandlung seiner Zeit nach der Bequemlichkeit der Mehrheit, nämlich Norddeutschlands vorgenommen haben. Ich meine, wir sollten um so weniger Scrupel haben, den Süddeutschen die kleine Gefälligkeit, die sie von uns verlangen, zu erweisen, als die Reichsregierung sie zu gewähren bereit ist, und der vom Abg. Sonnemann vorgeschlagene Ausweg einer authentischen Interpretation des Art. 207a, eingekleidet in die Erwähnungsgrundlage einer motivirten Tagesordnung, ungleich bedeutsamer ist. — Abg. Bär (Kassel): Wenn durch den Antrag nur die reale, nicht auch die fictive Erhöhung der Aktien gestattet werden soll, so sagt er nicht mehr, als nach dem Ausspruch des höchsten Gerichtshofes bereits im Geiste steht und was durchgängig nicht geändert wird, daß von einer aus 8 Mitgliedern des Reichstags zusammengesetzten Commission einige anderer Art bestehen sind. Wird der Art. 207a durch einige Gerichte anders gelegt, so folgt daraus, daß man ihn declariren muß, so wie das Gesetz legt, läßt es aber keinen Zweifel, daß daraus die Zulässigkeit der fictiven Erhöhung gefolgt werden wird. Der Antrag enthält also eine Unwahrheit, und ich kann es nicht billigen, einer solchen die gesetzliche Sanction zu geben. — Der Antrag Sonnemann ist mit motivirter Tagesordnung wird abgelehnt und § 1 mit dem Amendment Wolffson genehmigt. § 2 wird ohne Debatte angenommen.

Erste Beratung des Landeshauptsatzes von Elsaß-Lothringen für 186. — Geh. Herzog betont in seinem sehr eingehenden Vortrage, daß den bei der vorigen Beratung des Etats im Reichstage geäußerten Wünschen nachgekommen worden sei; vor Allem aber sei es für die Reichsregierung ungemein beruhigend, zum ersten Mal einen Etat der Reichsstände vorlegen zu können, der auf Grund der mit dem Landeshauptsatz vereinbarten Schuldverbindungen bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen und der Verwendung der gleichen für die Verwaltung der Landeshauptstadt und die Verwaltung der Landeshauptmannschaften bestimmt ist. Die Regierung hat dem Vorschlage des Landeshauptsatzes nachgegeben in der Hoffnung, auf das Project einer fundirten Auseinandersetzung zu kommen. Von diesem Gesetzesprojekte ist die Annahme eines Überschusses von 3,729,000 M. Von diesem Überschuß beanspruchen die außerordentlichen in jedem Jahre wiederkehrenden Bedürfnisse für das nächste Jahr 2,910,000 M., so daß ein reiner Überschuss von 819,000 M. übrig bleibt. Die Verzinsung der Obligationen der Inhaber bedeuternden Stellen im Justizdienste und die Verzinsung der stehenden Schulden wird zusammen mit der Verwaltung, von der Reduction der Bürouausgaben und im Unterrichtsetat. Die letztere, wesentliche Erleichterung des Etats bedeutet nicht, daß die Ausgaben für den Unterricht beschränkt werden; sie verändert ihre Entstehung vielmehr dem Weise von 400,000 M. zu den Kosten der Unterhaltung der Universität Straßburg, welche aus Reichsmitteln gewährt werden sollen. Ich darf Sie aber Name der Verwaltung bitten, dieelbe Theilnahme, die Sie bisher der Universität Straßburg bewiesen haben, durch Annahme des Vorschages auch ferner an den Tag zu legen. In der Erhöhung der Ausgaben ist zunächst der Matrikelarbeitsbeitrag mit 234,000 M. zu erwähnen, sodann entfallen namhafte Kosten auf die Staats der directen Steuern und der Justizverwaltung. Die Erhöhung der Ausgaben im Vereiche der Justizverwaltung entspringt aus der Vermehrung der Criminalosten, welche nach der Erfahrung der letzten Jahre um 100,000 M. höher veranschlagt werden müssen, sodann aus der Herstellung und Erneuerung der Friedensgerichte auf Wunsch des Landeshauptsatzes. Die regelmäßigen Einnahmen des Landes ergeben gegenüber den Ausgaben einen Überschuss von 3,729,000 M. Von diesem Überschuss beanspruchen die außerordentlichen in jedem Jahre wiederkehrenden Bedürfnisse für das nächste Jahr 2,910,000 M., so daß der erwähnte Überschuss sich auf etwa 819,000 M. herabmindernd. Die Regierung hat wieder zur Deckung der Schuldbverbindlichkeit aus dem Friedensvertrage die Ausgaben einer Gegenüberstellung der genannten Einnahmen des Landes ergeben, welche nach der Erfahrung der letzten Jahre um 100,000 M. höher veranschlagt werden müssen, sodann aus der Herstellung und Erneuerung der Friedensgerichte auf Wunsch des Landeshauptsatzes. Die regelmäßigen Einnahmen des Landes ergeben gegenüber den Ausgaben einen Überschuss von 3,729,000 M. Von diesem Überschuss beanspruchen die außerordentlichen in jedem Jahre wiederkehrenden Bedürfnisse für das nächste Jahr 2,910,000 M., so daß der erwähnte Überschuss sich auf etwa 819,000 M. herabmindernd. Die Regierung hat wieder zur Deckung der Schuldbverbindlichkeit aus dem Friedensvertrage die Ausgaben einer fundirten Anleihe in Ansicht genommen. Der Landeshauptsatz hat sich dem nicht angegeschlossen; er hat der Ausgabe von Schuldverschreibungen den Vorzug gegeben in der sehr ungewöhnlichen Hoffnung, die schwedende Schulde aus den laufenden Einnahmen zu decken. Die Regierung hat dem Vorschlage des Landeshauptsatzes nachgegeben in der Hoffnung, auf das Project einer fundirten Auseinandersetzung zu kommen. Dieser Überschuss, umgesehen von den Octroien, umfasst also den Gesamttaufwand. Derselbe hat 1874 für Gemeinden- und Bezirkszwecke im Ganzen 385,000 M. betragen. Von den 1894 Gemeinden des Landes sind bei mehr als 800 die Zuschläge geringer als 20 Proc. der Staatssteuern, bei mehr als 600 bewegen sie sich zwischen 20 und 50 Proc. und nur bei 26 übersteigen sie 50 Proc. Es ist dies also auch eine übermäßige Anspannung der Steuerkraft. Indem ich hiermit die Bemerkungen zum Etat schließe, bleibt mir noch übrig, mich mit den Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen in einem Punkte auseinander zu setzen. Wenn ich die Erklärung des Abg. Winterer, die er bei Beprüfung des Düncker'schen Antrages abgab, richtig aufgefaßt habe, so ist auch in diesem Jahre nicht auf die thätige Mitwirkung der Herren aus Elsaß-Lothringen an den Arbeiten der Commission zur Beratung des Etats zu rechnen. Es steht mir nicht darüber zu entscheiden, in wie weit die Haltung mit dem Übergang des Mandats und den Pflichten, die gegen ihr Land haben, in Einklang steht. (Sehr richtig! rechts), aber hervorheben muß ich: Sich in Elsaß-Lothringen ein rechtloses Land sei, weil es keine Gelegenheit habe, sich an seinen Angelegenheiten zu beteiligen. Diese Beschwörung werden sollten, in das Gesetz für die Vereinigung mit dem Deutschen Reich aufgenommen wurde, da war man überall der Meinung, daß diese Beratung hauptsächlich

den Abgeordneten aus dem Reichslande aufzulösen. Sie hatten es in der Hand gehabt, sich zum Landtag für Elsass-Lothringen innerhalb des Reichstags zu erklären. Statt dessen lebten es die Anwesenden ab, bei den Anlässen, welche das Wohl und Wehe des Landes angehen, auch nur eine helfende Hand zu bieten. (Sehr wahr.) Wenn ich auch wünschte, das dem anders wäre, so wird sich doch weder die Regierung noch der Reichstag in seiner pflichtmäßigen Sorge für das Land beirren lassen. Wir sehen die Einführung Elsass-Lothringens nicht als bloße Annexation, als etwas Neuerliches an, sondern als eine Einverleibung, als eine Vereinigung. Wir wissen, daß ein solcher Prozeß sich nicht von einem Jahre zum anderen vollzieht, aber wir sind sicher, daß er sich mit oder ohne Ihre Hilfe vollziehen wird. (Beifall.) Die Erfahrungen haben die Erwartung gezeigt, daß in dem Landesausschusse die Elemente sich zusammenfinden werden, die auf dem Boden der gegebenen Thatsachen mit Liebe und Interesse für ihr Heimatland wirken wollen. Wenn der Landesausschuss auch ferner das Zutrauen rechtfertigt, das er sich dieses Jahr verdient hat, so wird sich aus ihm eine Vertretung des Landes entwickeln können, die den Reichstag bei der Beratung der Landesgesetze unterstützen. Die Regierung wird alles erwünscht sein, was zur schlemigen Herbeiführung dieses Ziels beiträgt. (Beifall.) Hieran wird die weitere Diskussion des Etats bis Freitag um 11 Uhr vertagt.

Danzig, den 18. November.

Bei der Majorität des Reichstages ist, wie wir gestern ausführten, für die Projekte, welche neue Steuern irgend welcher Art im gegenwärtigen Augenblick creiren wollen, wenig Neigung vorhanden. Wenn schon die Börsensteuer keinen Nullang findet, obgleich man sonst vielfach auf die Börse nach deren Belebung an den Ueberspekulationen der letzten Jahre nicht gut zu sprechen ist, so ist dies noch viel mehr mit der Erhöhung der Brausteuer der Fall. Neben die Einzelheiten des Gesetzentwurfes dürfen wir uns nicht weiter verbreiten, weil sie — was auch bei dem Börsensteuergesetz zutrifft — genau unseren früheren eingehenden Mittheilungen entsprechen. Das Bekanntwerden der Motive hat dem Entwurf keine neuen Freunde zuführen können, denn die Begründung ist über Erwartungen schwach ausgefallen. Die Motive bemühen sich, aus der Erhöhung der Brausteuer um das Doppelte ihres Betrages gewissermaßen eine Principielle Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit zu machen, indem sie auf die großen Ungleichheiten hinweisen, welche in der Besteuerung des Bieres innerhalb des deutschen Reiches bestehen. Damit würde aber nur dann etwas bewiesen sein, wenn diese ungleiche Steuer überall als Einnahme für das Reich erhoben würde. Dies ist aber bekanntlich nur in den Staaten des ehemaligen Norddeutschen Bundes, in der sog. Brauergemeinschaft, der Fall und hier ist die Steuer überall die gleiche, während die süddeutschen Staaten ihre allerdings wesentlich höheren Abgaben vom Bier ausschließlich für die Landeskassen verwenden. Mit demselben Recht also, mit welchem man die Beseitigung der Ungleichheiten in der Besteuerung des Bieres fordert, würde man die Beseitigung der Verschiedenheiten sämlicher Steuergesetze und Steuersysteme in den einzelnen deutschen Bundesstaaten fordern können, ja fordern müssen — ein Standpunkt, welchen grade der Urheber der in Rede stehenden Motive, der Bundesrat, wohl am allerwenigsten anerkennen würde.

Die Motive verwenden im Übrigen ihren ganzen Scharfum auf den Nachweis, daß der geplanten Erhöhung der Brausteuer wirtschaftliche Bedenken nicht entgegenstehen, ohne jedoch in diesem Unternehmen glücklicher zu sein. Sie trösten die Produzenten, indem sie berechnen, daß die Erhöhung das Liter Bier mit einer Vertheuerung von nur 1 Pfennig belasten werde, und dann fortfahren: „Dass diese in der kleinsten deutschen Reichsminne Ausdruck findende Mehrbesteuerung durch einen Zuschlag auf den Bierpreis auf das consumirende Publikum übertragen werden kann, dürfte keinem Zweifel unterliegen; ob sich aber die Abwälzung der Steuer auf die Consumenten grade in dem Preisaufschlage vollzieht, ob diese nicht vielmehr regelmäßig in anderer Weise, z. B. durch schwächeres Einbrauen u. s. w. erreicht werden wird, ist eine Frage, für deren Beantwortung es an sicherer Anhaltpunkten fehlt. So viel steht jedenfalls fest, daß die Ansicht, es werde die Abwälzung der Steuer auf die Consumenten nicht gelingen, durch nichts motiviert wird.“ Als ob nicht über grade dieser Trost die schwersten volkswirtschaftlichen Bedenken in sich trügen! Entweder Erhöhung des Preises oder schwächeres Einbrauen u. s. w. — eins von Beiden wird nach der Ansicht der Regierungsmotive selbst sicherlich die Folge der Steuererhöhung sein. Was bedeutet aber schwächeres Einbrauen u. s. w.? Nichts Anderes, als eine Verschlechterung des Bieres. Nun wird aber jeder Unbefangene zugeben, daß diejenige Sorte Bier, welche von der großen Masse der Consumenten verzehrt wird, eine weitere Ver schlechterung kaum noch verträgt. Es möchte noch angehen, wenn es sich wirklich bloß um ein schwächeres Einbrauen, d. h. um ein Getränk mit verminderter Nährungsgehalt handelt; aber es kommt noch hinzu, was die Motive so discut unter der Bezeichnung „u. s. w.“ zusammenfassen, die Verwendung von allerlei Surrogaten, deren Gesundheits-Gefährlichkeit schon jetzt oft genug constitut ist.

Nicht geringere Bedenken machen sich gegenüber der Vertheuerung des Bieres geltend. Zunächst würde dieselbe voraussichtlich weit höher sein, als sie durch die Vermehrung der Steuer bedingt wäre. Nach der Berechnung der Motive beläuft die letztere das Seibel um $\frac{1}{2}$ Pfennig. Da diese Münze nicht existirt, so wird das Seibel zum mindesten um einen ganzen Pfennig, d. h. um das Doppelte der Steuererhöhung vertheuerzt werden. Noch mehr aber: da der von den Motiven berechnete Satz nur ein Durchschnittssatz ist, so müßte auf die geringeren Biersorten eigentlich eine Vertheuerung von bedeutend weniger als $\frac{1}{2}$ Pfennig pro Seibel entfallen, und es würde also die ungeheurelle Consequenz entstehen, daß die neue Steuer von den unbemitteltesten Klassen nicht allein, wie dies ja so ziemlich bei allen Verbrauchsteuern der Fall ist, relativ, sondern auch absolut in weit höherem Maße getragen werden müßte, als von den bessermitteltesten. Endlich aber ist auch keinerlei Garantie geboten, daß die Steuererhöhung nur entweder eine Vertheuerung oder eine Verschlechterung des Bieres zur Folge hätte, sondern es liegt die Gefahr

nahe, daß Beides zugleich eintreten würde. — Ob die Regierungsmotive die Besorgnisse der Produzenten zu beschwichten vermögen, mag dahin gestellt bleiben; um so lauter aber werden sich die Remonstranten der Consumenten gegen die Vorlage erheben.

Die kirchlichen Parteien beginnen sich beim herannahen der am künftigen Mittwoch beginnenden außerordentlichen Generalsynode zu ordnen. Die specifisch lutherischen Orthodoxen haben schon im September auf ihrer Konferenz ihre Parole ausgegeben: „Schutz des Bekennnisses“ mittelst möglichst selbstständiger Provinzialkirchen im Gegen satz zur Union der evangelischen Landeskirche. Das Hauptcontingent zu dieser Gruppe stellt Pommern, welches seine Führer Kreis-Rehov, Cuen, Meinhold nach Berlin schick. Diese sollen beabsichtigen, sich mit der Beratung der Vorlagen des Kirchenregimentes zu begnügen, sondern die Initiative zu Anträgen in ihrem Sinne zu ergreifen. Nun treten die gleichfalls sehr strenggläubigen, aber nicht spezifisch lutherischen Anhänger der „positiven Union“ auf den Plan. Die Führer dieser Partei (aus unserer Provinz sind es drei Herren aus Königsberg, Prov.-Schulrat Dr. Schrader, Militär-Oberpfarrer Krebschau und Prof. Dr. v. d. Goltz, sonst nennen wir Justizrat v. Löper-Potsdam, Prof. Dr. Beylshag-Halle, Präsident Graf Ritterberg-Glogau) fordern ihre Gesinnungsge nossen zu einer am künftigen Dienstag stattfindenden Vorbesprechung auf und haben folgendes Programm aufgestellt:

1. Den Abschluß des kirchlichen Verfassungshauses nach Kräften herbeizuführen und Behufl Lösung dieser alleinigen Aufgabe der außerordentlichen Generalsynode die Initiative zur Erörterung anderer kirchlicher Fragen abzulehnen, dagegen um der Dringlichkeit einiger solcher Fragen willen auf baldige Einberufung der ordentlichen Generalsynode anzutragen.

2. Den Ausbau des kirchlichen Verfassungswerkes anstreben auf den durch die Gemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 gelegten Grundlagen und in möglichst folgerichtiger Durchführung der dort

zu Grunde liegenden Prinzipien.

3. Hierbei insbesondere unter Wahrung der gewähr leisteten Rechte der Gemeinden und Provinzen an der Einheit der evangelischen Landeskirche und der in ihr zu Recht und im Segen bestehenden Union zu halten.

4. Dem Staate gegenüber auf rücksichtsloser Entlastung der evangelischen Kirche aus der seitlerigen Bevorzugung zu bestehen, unbeschadet der staatlichen Hoheitsrechte und ohne das innerkirchliche Verhältnis zum evangelischen Landesherrn zu lösen.“

Aus diesem Programm ist zunächst die bestimmte Absicht hervorzuheben, die Anträge der Lutheraner abzuwenden. Weiter scheinen die Herren, wie aus obigem 2. Punkte zu schließen, keine Freunde der Verbesserungen zu sein, welche die kirchlich veröffentlichte General-Synodalordnung mit der Synodalordnung vom 10. September 1873 vorzunehmen beabsichtigt. Doch ist es auch möglich, daß das heute veröffentlichte Programm vor Bekanntwerden des neuen Entwurfs ausgearbeitet wurde, da es ja unter den weit von einander wohnenden Unterzeichnern einige Tage circulieren müsse. Ob die Herren mit ihrem obigen 4. Punkte einen klaren Begriff verbinden, wissen wir nicht; unscheint derselbe dem bekannten 1846er Programme des gemütl. Badener's zu ähneln: „Die Republik mit dem verstorbene Grossherzog.“ Vorläufig soll die debare Fassung wohl nur recht viele Mitglieder von beiden Seiten einfangen, von denen vorläufig jeder seine eigene Meinung dem Programme unterlegen kann. Das Organ der Partei scheint dies zu meinen, wenn es das Programm dahin erläutert, daß es sich um die Organisation einer möglichst weiten nach rechts wie nach links Fühlung suchenden Mittelpartei handelt. Zweierlei ist sicher: Einmal, daß diese Partei der Regierung die genehmste ist, und zweitens, daß sie auf der außerordentlichen Generalsynode die Majorität oder doch die Entscheidung haben wird.

Nach einer im Medicinal-Ministerium zusammengestellten Übersicht der im Prüfungsjahr 1874 bis 1875 bei der medicinischen Ober-Prüfungs-Commission und den medicinischen und pharmaceutischen Prüfungs-Commissionen der preußischen Universitäten geprüften Doctoren und Candidaten der Medicin wie Candidaten der Pharmacie sind: Mediciner aus dem Vorjahr 94, neu 323, zusammen also 417 eingetreten, davon 112 in Berlin, 77 in Greifswald, 65 in Halle, 44 in Königsberg, 33 in Marburg, 26 in Bonn, 22 in Breslau, 20 in Göttingen, 18 in Kiel. Von diesen haben 315 die Prüfung bestanden. Nicht bestanden bez. von derselben zurückgetreten sind 102. Von Pharmacenten sind in die Prüfung 193 eingetreten, davon nur 8 aus dem Vorjahr, von welchen 175 die Prüfung bestanden. Nicht bestanden bez. zurückgetreten sind 18.

Die bayerischen ultramontanen „Patrioten“ sind ernstlich damit umgegangen, auf die Entscheidung des Königs mit der Steuervereinfachung zu antworten. Ehe sie aber dieselbe versuchen, haben sie vorher Rechtsgrüchten eingeholt. Auf Ansuchen eines Mitgliedes d. r. „patriotischen“ Fraction der bayrischen Abgeordnetenkammer hat jedoch, wie das „Bayr. Vaterland“ meldet, der katholische Staatsrechtslehrer Zöpfl in Heidelberg ein ausführlich motiviertes Gutachten abgegeben, dahin lautend, daß es mit Steuererhebung absolut nicht gehe. Sie hat keinerlei rechtliche Basis, und selbst wenn sie solche hätte, dürfte davon kein Gebrauch gemacht werden. Steuerverweigerung wäre der unklugste und unglücklichste Schritt, den die „patriotische“ Partei thun könnte; sie brächte unsägliches Elend und die unheilbare Verwirrung in's Land, riese die Reichsrektion herbei, hätte die Vernichtung der letzten Reste bayrischer Selbstständigkeit im Gefolge und wäre für die „patriotische“ Partei selbst so viel wie Selbstmord.

Deutschland.

Berlin, 17. November. Der Bundesrat hielt heute unter dem Vorsitz des K. bayerischen Staats- und Justizministers Dr. v. Fäustle eine Plenarsitzung. Den eingehenden Berathungsgegenstand derselben bildete der Bericht des Justizausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs nebst den Anträgen Preußens und Baden's, deren Inhalte wir gestern mitgetheilt haben. — Dem Bundesrat ist vom Reichskanzler bezüglich der im Reichsgesetz vorgesehenen Umstellung von Reichsgoldmünzen gegen Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen der Entwurf einer Bekanntmachung vorgelegt,

welche wie folgt lauten soll: „Auf Grund des Artikels 9 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 hat der Bundesrat folgendes bestimmt: Von 1. Januar 1876 ab werden bei folgenden Räthen: 1) der Reichsbank-Hauptkasse in Berlin, 2) den Räthen der Reichsbankfilialen in Frankfurt a. M., Königberg i. Pr. und Münster, Reichsgoldmünzen gegen Eingabe von Reichs-Silbermünzen oder von Nickel- und Kupfermünzen auf Verlangen verabfolgt werden. Die Einlieferung der umzu tauschenden Münzen hat in Lassenmäßig formierten

Beuteln oder Tüten, und zwar die der Silbermünzen in Beutigen von mindestens 50 Ml. zu erfolgen. Die Auszahlung des Gegenwertes in Gold erfolgt an den Einlieferer nach bewirkter Durchzählung der eingelieferten Münzen, welche von den gedachten Räthen in der Regel sofort, spätestens aber binnen fünf Tagen nach der Einlieferung bewirkt werden wird.“ Die dem Bundesrat jüngst vorgelegte Verordnung, betreffend die Ausführung des Kriegsleistungsgesetzes schließt sich auf 15 einzelne Punkte zu den verschiedenen Paragraphen des Gesetzes und zwar bezüglich der Kriegsleistungen der Gemeinden, der Landlieferungen und gemeinsamer Anordnungen für Stadt und Land. Dann folgen besondere Bestimmungen bezüglich der Beschaffung von Schiffen und Fahrzeugen, der Beschaffung der Mobilmachungsgeräte und hinsichtlich der Eisenbahnen. Die Schlusbestimmungen ordnen das Schätzungsverfahren durch eine Commission von Sachverständigen. Die Verordnung gilt selbstverständlich auch für die Marine. Von Interesse sind die Bestimmungen über die Eisenbahnen. Es heißt da: a) der Bedarf an Gegenständen zur Ausstattung von Eisenbahnen für die Beförderung von Mannschaften und Waffen wird von den vereinigten Ausschüssen des Bundesrats für das Landheer und die Infanterie und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen festgesetzt. Das Reichseisenbahnamt teilt diese Festsetzungen den einzelnen Eisenbahnverwaltungen mit und überwacht deren Ausführung; — b) durch ein vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassendes Reglement werden die näheren Bestimmungen getroffen, nach welchen jede Eisenbahnverwaltung die Beförderung der bewaffneten Macht und der Kriegsbedürfnisse, sowie die Abrechnung mit den Militärbehörden zu bewirken hat; — c. Das Reichseisenbahn-Amt setzt den Maßstab fest, nach welchen die Eisenbahnverwaltungen ihr Personal, sowie ihr zur Herstellung und zum Betriebe von Eisenbahnen dienliches Material auf Erfordern herzugeben haben. Die Herzage selbst erfolgt nach Bedarf auf direkte Anforderung der vom Kaiser hierzu autorisierten Militärbehörden. Letztere haben das Reichseisenbahn-Amt stets darüber im Laufenden zu erhalten, welches Personal und Material von ihnen aufgefordert worden ist. Der vom Bundesrat zu erlassende Tarif, nach welchem die in Gemäßheit des § 30 von den Eisenbahnverwaltungen zu stuhende Vergütung für die Militärtransporte und für das von den Eisenbahnverwaltungen herzugebende Betriebsmaterial während der nach § 22 durch Kaiser Verordnung zu bestimmenden Dauer des Kriegszustandes zu erfolgen hat, wird nach seiner jedesmaligen Feststellung durch den Reichsanzeiger und durch das Centralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht. Für das ihr zur Verfügung gestellte Personal übernimmt die Militärverwaltung die Zahlung des demselben zustehenden Friedenseinkommens. Eine Vergütung wird den Eisenbahnverwaltungen für die Hergabe von Personal nicht gewährt. Welche Eisenbahnen als auf dem Kriegsschauplatz oder in der Nähe desselben liegend anzusehen sind, bestimmt der Kaiser. Die Art und Weise, in welcher die zuständige Militär-Behörde ihre Anordnungen bezüglich der Einrichtung, Fortführung, Einstellung und Wiederaufnahme des Betriebes auf diesen Bahnen im Falle des Zu widerhandelns auf Kosten der Eisenbahnverwaltungen zur Ausführung zu bringen hat, bestimmt sich im einzelnen Fälle nach den besonderen Umständen. Erforderlichen Fällen kann die Militärbehörde die Verwaltungsvorstände der auf dem Kriegsschauplatz, oder in der Nähe desselben liegenden Eisenbahnen ihrer auf Errichtung, Fortführung, Einstellung und Wiederaufnahme des Bahnbetriebes bez. Funktionen entheben und diese selbst übernehmen.“

Aus diesem Programm ist zunächst die bestimmte Absicht hervorzuheben, die Anträge der Lutheraner abzuwenden. Weiter scheinen die Herren, wie aus obigem 2. Punkte zu schließen, keine Freunde der Verbesserungen zu sein, welche die kirchlich veröffentlichte General-Synodalordnung mit der Synodalordnung vom 10. September 1873 vorzunehmen beabsichtigt. Doch ist es auch möglich,

dass das heute veröffentlichte Programm vor Bekanntwerden des neuen Entwurfs ausgearbeitet wurde, da es ja unter den weit von einander wohnenden Unterzeichnern einige Tage circulieren müsse. Ob die Herren mit ihrem obigen 4. Punkte einen klaren Begriff verbinden, wissen wir nicht; unscheint derselbe dem bekannten 1846er Programme des gemütl. Badener's zu ähneln: „Die Republik mit dem verstorbene Grossherzog.“ Vorläufig soll die debare Fassung wohl nur recht viele Mitglieder von beiden Seiten einfangen, von denen vorläufig jeder seine eigene Meinung dem Programme unterlegen kann. Das Organ der Partei scheint dies zu meinen, wenn es das Programm dahin erläutert, daß es sich um die Organisation einer möglichst weiten nach rechts wie nach links Fühlung suchenden Mittelpartei handelt. Zweierlei ist sicher: Einmal, daß diese Partei der Regierung die genehmste ist, und zweitens, daß sie auf der außerordentlichen Generalsynode die Majorität oder doch die Entscheidung haben wird.

Nach einer im Medicinal-Ministerium zusammengestellten Übersicht der im Prüfungsjahr 1874 bis 1875 bei der medicinischen Ober-Prüfungs-Commission und den medicinischen und pharmaceutischen Prüfungs-Commissionen der preußischen Universitäten geprüften Doctoren und Candidaten der Medicin wie Candidaten der Pharmacie sind: Mediciner aus dem Vorjahr 94, neu 323, zusammen also 417 eingetreten, davon 112 in Berlin, 77 in Greifswald, 65 in Halle, 44 in Königsberg, 33 in Marburg, 26 in Bonn, 22 in Breslau, 20 in Göttingen, 18 in Kiel. Von diesen haben 315 die Prüfung bestanden. Nicht bestanden bez. von derselben zurückgetreten sind 102. Von Pharmacenten sind in die Prüfung 193 eingetreten, davon nur 8 aus dem Vorjahr, von welchen 175 die Prüfung bestanden. Nicht bestanden bez. zurückgetreten sind 18.

Neustadt O/S, 14. Novbr. Der Pfarrer Rödlich zu Poln.-Rastenitz hatte im Juni d. J. ein Brautpaar eingegangen, auf die Beurteilung der Steuervereinfachung zu antworten. Ehe sie aber dieselbe versuchen, haben sie vorher Rechtsgrüchten eingeholt. Auf Ansuchen eines Mitgliedes d. r. „patriotischen“ Fraction der bayrischen Abgeordnetenkammer hat jedoch, wie das „Bayr. Vaterland“ meldet, der katholische Staatsrechtslehrer Zöpfl in Heidelberg ein ausführlich motiviertes Gutachten abgegeben, dahin lautend, daß es mit Steuererhebung absolut nicht gehe. Sie hat keinerlei rechtliche Basis, und selbst wenn sie solche hätte, dürfte davon kein Gebrauch gemacht werden. Steuerverweigerung wäre der unklugste und unglücklichste Schritt, den die „patriotische“ Partei thun könnte; sie brächte unsägliches Elend und die unheilbare Verwirrung in's Land, riese die Reichsrektion herbei, hätte die Vernichtung der letzten Reste bayrischer Selbstständigkeit im Gefolge und wäre für die „patriotische“ Partei selbst so viel wie Selbstmord.

Nach einer im Medicinal-Ministerium zusammengestellten Übersicht der im Prüfungsjahr 1874 bis 1875 bei der medicinischen Ober-Prüfungs-Commission und den medicinischen und pharmaceutischen Prüfungs-Commissionen der preußischen Universitäten geprüften Doctoren und Candidaten der Medicin wie Candidaten der Pharmacie sind: Mediciner aus dem Vorjahr 94, neu 323, zusammen also 417 eingetreten, davon 112 in Berlin, 77 in Greifswald, 65 in Halle, 44 in Königsberg, 33 in Marburg, 26 in Bonn, 22 in Breslau, 20 in Göttingen, 18 in Kiel. Von diesen haben 315 die Prüfung bestanden. Nicht bestanden bez. von derselben zurückgetreten sind 102. Von Pharmacenten sind in die Prüfung 193 eingetreten, davon nur 8 aus dem Vorjahr, von welchen 175 die Prüfung bestanden. Nicht bestanden bez. zurückgetreten sind 18.

Einem Londoner Finanzblatt („Money Market Review“) zufolge wäre der frühere englische Marineminister Goschen geneigt, der Aufforderung des Vicekönigs von Egypten Folge zu geben und an die Spitze des egyptischen Finanzwesens zu treten. Die egyptische Regierung und die Chatulsoverwaltung des Vicekönigs haben in dem Zeitraume von 1862 bis 1873 acht Anleihen aufgenommen, also ungefähr alle 18 Monate eine Anleihe; der fünfte europäische Finanzminister Egyptens dürfte bei allem Bestreben des Kedive, die Hülfsquellen seines Landes zu entwickeln und zu erweitern, schwerlich auf Rosen gebettet sein.

Danzig, 18. November.

* Mr. Faberndier in Thorn schreibt gestern der Th. Ost. Btg.: „Der gestirnte Himmel zeigt in diesen Tagen die nicht häufige Erscheinung, daß zwei Planeten nahe beisammen stehen und deren gegenseitige Entfernung sich Tag für Tag in deutlich wahrnehmbarer Weise ändert. Am südwestlichen Himmel bemerkt man schon nach 6 Uhr Abends, unter einem Elevationswinkel von etwa 20 Grad, die beiden Planeten Mars (unter rechts, mit röthlichem Lichte) und Saturn (oben links, mit blauweißlichem Lichte). Die Planeten sind ohne Schwierigkeit aufzufinden, da sich in ihrer Nähe die meisten Sterne nicht befinden. Links von Saturn steht der Fixstern dritter Größe Delta des Steinbocks. Beide Planeten werden noch zwei Tage lang einander näher kommen; Freitag, den 21. d. M. Abends stehen sie um nicht eine Böllmundsbreite von einander. Zu Anfang der nächsten Woche schon wird Mars unten links von Saturn stehen. In Folge abnehmender Mondphase und abnehmender Gestalt können, günstiges Wetter vorausgesetzt, die Erscheinungen mit größter Deutlichkeit wahrgenommen werden. — Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß in diesen Tagen der Planet Merkur zu sehen ist, was für unsere Gegenden zu den größten Seltenheiten gehört. Ich beobachtete ihn heute Vormittag von 5½ Uhr an am südöstlichen Himmel, wo er durch sein hellweißes Licht glänzte. Noch um 6½ Uhr war er durch einen Operngucker deutlich zu erkennen, verschwand aber dann in dem Lichte der Morgendämmerung.“

* Die von dem vorläufig verpflichtenden Armenverbände beabsichtigte Feststellung der Heimathsverhältnisse des Unterstützten aufgewendeten Kosten fallen nach einem Erkenntnis des Bundesamts für Heimathsverhältnisse dem definitiv verpflichteten Armenverbände zur Last, auch wenn es zu einem Prozesse nicht kommt.

[Nathanael Lingenberg.] Gottfried Blaum, Johann Ley, Carl Wessel, Johann und Gerhard Krause, die Frau Johanna Lingenberg, geb. Fisch, und der Sohn Martin Reddig aus Schnakenburg, im Kreise Danzig, waren gestern des Aufrufs angeklagt, und zwar macht die Anklage ihnen zum Vorwurf, daß sie sich unter der

Nähe dem Städtchen R

Führerschaft der drei Erstgenannten zusammengerottet und mit vereinten Kräften einen zur Vollstreckung von Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufenen Beamen in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt und Bedrohung Widerstand geleistet hätten, wobei namentlich die Frau Lingenberg den Beamten thätig angegriffen habe. Der Sachverhalt ist nach der Anklage und der gefragten Zeugen-Bernehmung folgender: In der Gemeinde Schnatenburg waren im ersten Quartal d. J. viele Einwohner mit Errichtung der Kläfsteiner im Rückstand geblieben. Da die Gemeinde keinen Orts-Executor hatte, sandte der Schulz und Steuer-Erheber Höhme ein Verzeichniß der Restanten dem Amtsvoit Leib zu Dohnsdorferweide ein mit dem Erfuchen, dieselben durch den Amts-Executor beitreiben zu lassen. Auf des Letzteren Anordnung begann der Amtsdienner Lettau am 31. März die executive Beitreibung. Nachdem der Steuer-Rückstand an zwei Stellen ohne Beigaben bezahlt war, trat er in die Johann Lingenberg'sche Wohnung vor und in derselben sich inzwischen viele andere Dorfbewohner versammelt hatten. Die Lingenberg'schen Chelente lebten unter der Bewerfung, sie seien zu hoch eingehobt und verlangten zunächst Unterforschung durch das Gericht, die Zahlung ab und erklärten, daß sie nichts pfänden lassen würden. Da die verkannte Menge dieser Beigaben durch laute Zurufe noch mehr Nachdruck gab, holte Lettau den Schulzen Höhme zur Assistenz herbei. Die Aufforderung wurde nun wiederholt, aber ebenso wie vorher beantwortet, auch die Menge fiel wie vordem als Chor wieder mit der Bewerfung ein: man lasse nicht pfänden, da man die Steuer-verweigerung solidarisch betreiben wolle. Als trotzdem Lettau einen Verlust machte, dem Lingenberg eine Uhr abzuprägen, schob die Frau L. ihn zurück, drohte ihm mit einem Besen über den Kopf zu schlagen, wenn er die Uhr, welche ein Erbstück sei, anrührte, und Nathanael Lingenberg stieß dem Executor gegen die Brust, indem er sagte: "Nun, wenn Sie Lust haben, können Sie noch mehr bekommen." Lettau und Höhme nahmen jetzt von der Pfändung Abstand und begnügten sich damit, die Namen der Angeklagten als die ammeist beihilflichen aufzuschreiben. Am 2. April erschien dann der Amtsdienner Lettau, diesmal in Begleitung des Amtssekretärs Bischoff und des Gendarmerie-Offiziers, nochmals in Schnatenburg, um seinen Auftrag zu erledigen. Auch diesmal wurde die von dem Amtsvoit Leib verordnete Executions-Commission, welcher sich der Gemeinde-Vorsteher Höhme jedoch nicht anschloß, von Haus zu Haus durch eine größere Menschenmenge begleitet, welche die früheren Zurufe wiederholte. Die Angeklagte Blauf weigerte sich dabei, seine verschlossene Wohnung zu öffnen und bequemte sich dazu erst, als der Dorfschmid zur Feststellung des Schlosses herbeigeholt war. Den Aufforderungen des Amtssekretärs Bischoff zum Auseinandergreifen leistete Niemand Folge, Nathanael Lingenberg meinte vielmehr, man werde den Widerstand forsetzen und wenn gleich alle in's Buch hinsämen, und setzte dann hinzu: "Wer bei mir pfänden wollte, dem schläge ich mit der Art die Knochen im Leibe entzwey oder ich legte ihm die Eingeweide vor die Füße!" Glücklicherweise fitt ihn und die Beamten war er mit der That nicht so schnell bei der Hand, als mit den Worten, denn die Commission, welche jetzt direkt zu ihm ging, konnte dort ohne Widerstand die zur Execution geeigneten Sachen aufzeichnen. Überhaupt begnügte man sich mit der leichten Procedur bei sämtlichen Revolten, um vorläufig weitere Aufritte zu vermeiden; nur in der Wohnung des Reddib wollte der Executor eine Wandur pfänden, was er nicht zu ließ, weil seine Frau franz war und er die Uhr zur Bestimmung der Zeitpunkte für das Einnehmen der Medizin notwendig gebrauchte. Er hat dagegen dem Lettan freiwillig einen Tisch und einen Haft an Pfandobjekte für seinen nur 75 J. betragenden Steuer-Rückstand angeboten. Die Angeklagten räumen im Wesentlichen den vorstehenden Thatbestand ein, wollen aber nur aus Unwissenheit so gehandelt haben, denn ihr einziger Zweck sei gewesen, wegen der Steuer-Rückstände bei Gericht verklagt zu werden, weil sie sich überschägt glaubten und eine Revision der Einschätzung herbeiführen wollten. Ihre Unwissenheit hätte sie freilich vor den Folgen jener Auftritte nicht schützen können. Es kam ihnen aber ein Rechts-Fritrum der ausführenden Organe, an den sie sicherlich nicht gedacht hatten, zu statten. Die executive Beitreibung der Steuern war nämlich nicht auf dem gesetzlichen Wege erfolgt. Nach der Gemeinde-Ordnung vom Jahre 1833 war dies lediglich Sache des Gemeinde-Vorstandes und hatte derselbe den Executor für jeden Fall mit einem besonderen, schriftlichen Executions-Mandat zu versehen, was nicht geschah. Dem Amtsvoit stand dagegen nach der Kreis-Ordnung nur die Befugnis zu, bei der Executions-Vollstreckung polizeile Hilfe zu gewähren. Das fehlende Mandat konnte sein Befehl nicht erfüllen. Damit fiel das wichtigste Requisit des Vurtrübs, die rechtmäßige Ausübung des Amtes durch den Executor Lettan fort und nachdem sich dies aus der getroffenen Verhandlung ergab, stellte der Dr. Staatsanwalt selbst den Geschworenen anheim, über sämtliche Angeklagte das Rechtshilfsgesetz anzuprangen. Das geschah und hatte die Preisprachung aller neun Angeklagten zur Folge, die mit sehr vergnügten Gesichtern über das unverhoffte Glück den Sitzungssaal verließen, um zu ihrem Gewerbe an den Meerestrand zurückzufahren.

* In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts wurde der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Johann Röbelowski trotz seines Langens durch die Geschworenen schuldig erklärt, in der Nacht vom 4. zum 5. September d. J. einen Einbruch in die Wohnung der Witwe Schulz zu Cölln versucht zu haben, und zu 1 Jahr Bußgeld verurtheilt. [Berichtigung.] In dem Bericht über die letzte Stadtverordneten-Versammlung in der gestrigen Abendnummer ist folgender sinnentstellender Druckfehler zu berichten: 2. Seite, 3. Spalte, 5. Zeile von unten, soll es heißen: "aber was sei das für eine Weisheit, die das Geld zusammenhält, indem sie die notwendigsten Ausgaben für Schulbauten vermeidet" (statt "verwendet").

Culm, 17. Nov. Am letzten Jahrmarkt versuchte der Einwohner Zaremba aus Klemmer ein sehr täuschend nachgeahntes bleiernes Einthalerstück, das die Jahreszahl 1818 trägt, auszugeben. Er wurde jedoch dabei erwischt und dem Gericht überliefert. Am nächsten Tage fand der Gendarm A. in der Wohnung des Verhafteten eine Form aus Gips, einen Schlüssel und ein falsches Bleupennistück vor.

S. Stuhm, 17. Nov. Die Viehkrankheiten in unserm Kreise sind leider immer noch nicht als beendet anzusehen. So eben macht das Landratsamt bekannt, daß die Maul- und Klauenseuche im Amtsbezirk Röthenfranz zwar erloschen, dafür aber auf dem Vorwerk Baalau und in Kl. Leichendorf ausgebrochen sei, weshalb die betreffenden Sperrenmaßregeln für diese beiden Orte Anwendung zu finden hätten. Selbst die Rotkrautheit hat sich leider im Kreise gezeigt; mehrere davon befallene Pferde des Vorstigers Meuna in Mittelschäfe haben demzufolge gefüllt werden müssen. Morgen steht für die Mitglieder des biesigen Vorstiusvereins eine Generalversammlung an, bei welcher auch über die Gewährung eines Contoonturts für die biege Molkerei-Genossenschaft Besluß gefasst werden wird. In unserm Nachbarkreise Marienburg lädt am 20. d. M. eine Nachwahl für den zweiten zum Provinzial-Landtag zu entsendenden Deputierten statt, wozu das dortige "Kreisblatt" folgende wunderbare Explication von einem Werderauer ringt: "Der letzte Kreistag", heißt es dort, "am 30.

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kreistags-Mitglieder aus der Stadt Marienburg und Andere wieder vor der Zeit weggehen. Aber ein Gegenstand wird sie wohl in den Kreistagsaal locken. Nämlich die zweite Einladung macht bekannt, daß hr. Mr. Lieb-Marienau abgelehnt hat (die Wahl zum Provinziallandtags-Abgeordneten nämlich). Nun muß ein Anderer gewählt werden. Hr. Bürgermeister Horn-Marienburg stand bei der vorigen Wahl auf der engeren Wahl. Aber in den Provinzial-Landtag sind schon so viel Bürgermeister und Rechtsanwälte gewählt, daß trocken aller Bemühungen daran nicht zu denken ist. u.s.f.: "Sollten wohl glauben, daß ein amtliches Organ, wie es doch zweifelsohne ein Kreisblatt ist, wenn auch nur in seinem nichtamtlichen Theile, in solcher Weise die Verleihung der Pflichten der Kreistagsmitglieder und das Verlassen des Postens vor Erledigung der Tagesordnung halten wir für eine solche Verleihung — guttheisen darf?" Bei dem letzten Palms in Betreff der Wahl des Bürgermeisters Horn zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten merkt man wohl deutlich genug die Abstimmung und — wird verstimmt. Der Herr Einzender bat sich jedoch nicht die nötige Muße genommen, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinzial-Landtag sorgfältig zu prüfen; er würde sonst haben finden müssen, daß die Entscheidung von städtischen Deputirten im Verhältniß zu denen vom Lande eine geringe ist. Was nun insbesondere die Person des Marienburger Bürgermeisters betrifft, so halten wir denselben, so weit wir uns ein Urtheil überhaupt gestatten dürfen, gerade für den rechten Mann, erfüllt von regem Eifer für das Gemeinwohl und angereichert mit der erforderlichen Kraft, der Sache zu mitigen. Mag man sich deshalb durch jene allerdings mehr harmlose Stimme nicht beeinflussen lassen!

*** Marienwerder, 17. Nov. So schlimm die Verkehrsfrage von Marienwerder aber auch ist und seit Eröffnung der am linken Weichselufer vorbereitenden Ostbahn gewesen ist, viel schlimmer, ja geradezu verderblich, wie die mehrwähnige betreffende Denkschrift weiter aufzeigt, wird sie sich gestalten, sobald die Marienburg-Mlawer und die Jabłonowo-Laskowitzer Bahn dem Betriebe übergeben wird, indem d. e. das Schienen-Bereich vollenden, welches die Stadt in Entfernung von durchschnittlich 4 Meilen umzingelt. Das in Folge davon unausbleibliche Abströmen der Bodenprodukte von ihrem bisherigen Schwerpunkt nach der Peripherie wird den letzten Rest des Zwischenhandels Marienwerder vernichten, nach den beginnigsten Orten verlegen und damit hier die wichtigste Quelle der Wohlstandsverstößen. Damit nicht genug. Wie bereits die Bahn Schneidemühl-Dirschau die Strecke Bromberg-Dirschau zu einer Nebenlinie degradirt hat, so liegt es nahe, daß die Bahn auf der letzteren nach Böllendorf der Graudener Bahn einer weiteren Einschränkung unterliegen werden. Die Posten von und nach Marienwerder, welche bisher in der Regel an dem Bahnhof Czerwinski die Verbindung mit der allgemeinen Verkehrsstraße herstellten, werden künftig zum Theil den 4½ Meilen langen Landweg nach Graudenz und den 5½ Meilen langen Landweg nach Marienburg und zurück einschlagen müssen und dadurch eine Verzögerung der Correspondenz um Stunden und Tage herbeiführen. Die Weichselbrücke bei Graudenz würde somit Marienwerder ohne Bahnverbindung keinen Vortheil, sondern indirect eher Nachteil bringen. Die Denkschrift spricht ferner die Befürchtung aus, daß die R. Staats-Polizei aus der mehr und mehr isolirten Lage Marienwerder's Anlaß nehmen könnte, bei der bevorstehenden Neorganisation der Justiz und Verwaltung die höheren Behörden von einem Orte zu verlegen, der einem prompten Geschäftsgange so wenig Vortheil bietet. Ist doch bereits die biege R. Ober-Postdirektion aufzubauen, die Telegraphen-Station verfeinert werden. Dann freilich würde Marienwerder mit seiner Vergangenheit als hundertjähriger Sitz der Provinzialbehörden, als bewährte Plaz und Bildungsstätte altpreußischen Beamtenthums, dessen beste Kräfte seit jeher hier Recht und Gesetz zur Wohlfahrt des Landes gehandhabt haben, brechen müssen, es würde auf das Neue einer unbekündeten Landstadt herabstehen und der Verarmung seiner gewerbetreibenden Einwohner unrettbar preisgegeben sein. Soweit soll und darf es aber nicht kommen; den guten Klang, den die Stadt bei allen Freunden und Kennern vaterländischer Geschichte und Entwicklung seit Alters her gehabt und bis jetzt bewahrt hat, soll sie nicht verlieren; die biege Bedeutung, welche sie als Ausgangspunkt für Friedrich's des Großen großes Kulturwerk der Civilisation Westpreußen's erlangte, darf nicht einer bis jetzt mangelnden Bahnverbindung wegen verloren gehen." Die majestätischen Bauwerke, Dom und Schloß, zeugen von einst hier entfalteter deutscher Ordensherrlichkeit; das Rechtshilfsgesetz anzuprangen. Das geschah und hatte die Preisprachung aller neun Angeklagten zur Folge, die mit sehr vergnügten Gesichtern über das unverhoffte Glück den Sitzungssaal verließen, um zu ihrem Gewerbe an den Meerestrand zurückzufahren.

[Berichtigung.] In dem Bericht über die letzte Stadtverordneten-Versammlung in der gestrigen Abendnummer ist folgender sinnentstellender Druckfehler zu berichten: 2. Seite, 3. Spalte, 5. Zeile von unten, soll es heißen: "aber was sei das für eine Weisheit, die das Geld zusammenhält, indem sie die notwendigsten Ausgaben für Schulbauten vermeidet" (statt "verwendet").

Culm, 17. Nov. Am letzten Jahrmarkt versuchte der Einwohner Zaremba aus Klemmer ein sehr täuschend nachgeahntes bleiernes Einthalerstück, das die Jahreszahl 1818 trägt, auszugeben. Er wurde jedoch dabei erwischt und dem Gericht überliefert. Am nächsten Tage fand der Gendarm A. in der Wohnung des Verhafteten eine Form aus Gips, einen Schlüssel und ein falsches Bleupennistück vor.

S. Stuhm, 17. Nov. Die Viehkrankheiten in unserm Kreise sind leider immer noch nicht als beendet anzusehen. So eben macht das Landratsamt bekannt, daß die Maul- und Klauenseuche im Amtsbezirk Röthenfranz zwar erloschen, dafür aber auf dem Vorwerk Baalau und in Kl. Leichendorf ausgebrochen sei, weshalb die betreffenden Sperrenmaßregeln für diese beiden Orte Anwendung zu finden hätten. Selbst die Rotkrautheit hat sich leider im Kreise gezeigt; mehrere davon befallene Pferde des Vorstigers Meuna in Mittelschäfe haben demzufolge gefüllt werden müssen. Morgen steht für die Mitglieder des biesigen Vorstiusvereins eine Generalversammlung an, bei welcher auch über die Gewährung eines Contoonturts für die biege Molkerei-Genossenschaft Besluß gefasst werden wird. In unserm Nachbarkreise Marienburg lädt am 20. d. M. eine Nachwahl für den zweiten zum Provinzial-Landtag zu entsendenden Deputierten statt, wozu das dortige "Kreisblatt" folgende wunderbare Explication von einem Werderauer ringt: "Der letzte Kreistag", heißt es dort, "am 30.

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kreistags-Mitglieder aus der Stadt Marienburg und Andere wieder vor der Zeit weggehen. Aber ein Gegenstand wird sie wohl in den Kreistagsaal locken. Nämlich die zweite Einladung macht bekannt, daß hr. Mr. Lieb-Marienau abgelehnt hat (die Wahl zum Provinziallandtags-Abgeordneten nämlich). Nun muß ein Anderer gewählt werden. Hr. Bürgermeister Horn-Marienburg stand bei der vorigen Wahl auf der engeren Wahl. Aber in den Provinzial-Landtag sind schon so viel Bürgermeister und Rechtsanwälte gewählt, daß trocken aller Bemühungen daran nicht zu denken ist. u.s.f.: "Sollten wohl glauben, daß ein amtliches Organ, wie es doch zweifelsohne ein Kreisblatt ist, wenn auch nur in seinem nichtamtlichen Theile, in solcher Weise die Verleihung der Pflichten der Kreistagsmitglieder und das Verlassen des Postens vor Erledigung der Tagesordnung halten wir für eine solche Verleihung — guttheisen darf?" Bei dem letzten Palms in Betreff der Wahl des Bürgermeisters Horn zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten merkt man wohl deutlich genug die Abstimmung und — wird verstimmt. Der Herr Einzender bat sich jedoch nicht die nötige Muße genommen, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinzial-Landtag sorgfältig zu prüfen; er würde sonst haben finden müssen, daß die Entscheidung von städtischen Deputirten im Verhältniß zu denen vom Lande eine geringe ist. Was nun insbesondere die Person des Marienburger Bürgermeisters betrifft, so halten wir denselben, so weit wir uns ein Urtheil überhaupt gestatten dürfen, gerade für den rechten Mann, erfüllt von regem Eifer für das Gemeinwohl und angereichert mit der erforderlichen Kraft, der Sache zu mitigen. Mag man sich deshalb durch jene allerdings mehr harmlose Stimme nicht beeinflussen lassen!

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kreistags-Mitglieder aus der Stadt Marienburg und Andere wieder vor der Zeit weggehen. Aber ein Gegenstand wird sie wohl in den Kreistagsaal locken. Nämlich die zweite Einladung macht bekannt, daß hr. Mr. Lieb-Marienau abgelehnt hat (die Wahl zum Provinziallandtags-Abgeordneten nämlich). Nun muß ein Anderer gewählt werden. Hr. Bürgermeister Horn-Marienburg stand bei der vorigen Wahl auf der engeren Wahl. Aber in den Provinzial-Landtag sind schon so viel Bürgermeister und Rechtsanwälte gewählt, daß trocken aller Bemühungen daran nicht zu denken ist. u.s.f.: "Sollten wohl glauben, daß ein amtliches Organ, wie es doch zweifelsohne ein Kreisblatt ist, wenn auch nur in seinem nichtamtlichen Theile, in solcher Weise die Verleihung der Pflichten der Kreistagsmitglieder und das Verlassen des Postens vor Erledigung der Tagesordnung halten wir für eine solche Verleihung — guttheisen darf?" Bei dem letzten Palms in Betreff der Wahl des Bürgermeisters Horn zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten merkt man wohl deutlich genug die Abstimmung und — wird verstimmt. Der Herr Einzender bat sich jedoch nicht die nötige Muße genommen, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinzial-Landtag sorgfältig zu prüfen; er würde sonst haben finden müssen, daß die Entscheidung von städtischen Deputirten im Verhältniß zu denen vom Lande eine geringe ist. Was nun insbesondere die Person des Marienburger Bürgermeisters betrifft, so halten wir denselben, so weit wir uns ein Urtheil überhaupt gestatten dürfen, gerade für den rechten Mann, erfüllt von regem Eifer für das Gemeinwohl und angereichert mit der erforderlichen Kraft, der Sache zu mitigen. Mag man sich deshalb durch jene allerdings mehr harmlose Stimme nicht beeinflussen lassen!

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kreistags-Mitglieder aus der Stadt Marienburg und Andere wieder vor der Zeit weggehen. Aber ein Gegenstand wird sie wohl in den Kreistagsaal locken. Nämlich die zweite Einladung macht bekannt, daß hr. Mr. Lieb-Marienau abgelehnt hat (die Wahl zum Provinziallandtags-Abgeordneten nämlich). Nun muß ein Anderer gewählt werden. Hr. Bürgermeister Horn-Marienburg stand bei der vorigen Wahl auf der engeren Wahl. Aber in den Provinzial-Landtag sind schon so viel Bürgermeister und Rechtsanwälte gewählt, daß trocken aller Bemühungen daran nicht zu denken ist. u.s.f.: "Sollten wohl glauben, daß ein amtliches Organ, wie es doch zweifelsohne ein Kreisblatt ist, wenn auch nur in seinem nichtamtlichen Theile, in solcher Weise die Verleihung der Pflichten der Kreistagsmitglieder und das Verlassen des Postens vor Erledigung der Tagesordnung halten wir für eine solche Verleihung — guttheisen darf?" Bei dem letzten Palms in Betreff der Wahl des Bürgermeisters Horn zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten merkt man wohl deutlich genug die Abstimmung und — wird verstimmt. Der Herr Einzender bat sich jedoch nicht die nötige Muße genommen, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinzial-Landtag sorgfältig zu prüfen; er würde sonst haben finden müssen, daß die Entscheidung von städtischen Deputirten im Verhältniß zu denen vom Lande eine geringe ist. Was nun insbesondere die Person des Marienburger Bürgermeisters betrifft, so halten wir denselben, so weit wir uns ein Urtheil überhaupt gestatten dürfen, gerade für den rechten Mann, erfüllt von regem Eifer für das Gemeinwohl und angereichert mit der erforderlichen Kraft, der Sache zu mitigen. Mag man sich deshalb durch jene allerdings mehr harmlose Stimme nicht beeinflussen lassen!

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kreistags-Mitglieder aus der Stadt Marienburg und Andere wieder vor der Zeit weggehen. Aber ein Gegenstand wird sie wohl in den Kreistagsaal locken. Nämlich die zweite Einladung macht bekannt, daß hr. Mr. Lieb-Marienau abgelehnt hat (die Wahl zum Provinziallandtags-Abgeordneten nämlich). Nun muß ein Anderer gewählt werden. Hr. Bürgermeister Horn-Marienburg stand bei der vorigen Wahl auf der engeren Wahl. Aber in den Provinzial-Landtag sind schon so viel Bürgermeister und Rechtsanwälte gewählt, daß trocken aller Bemühungen daran nicht zu denken ist. u.s.f.: "Sollten wohl glauben, daß ein amtliches Organ, wie es doch zweifelsohne ein Kreisblatt ist, wenn auch nur in seinem nichtamtlichen Theile, in solcher Weise die Verleihung der Pflichten der Kreistagsmitglieder und das Verlassen des Postens vor Erledigung der Tagesordnung halten wir für eine solche Verleihung — guttheisen darf?" Bei dem letzten Palms in Betreff der Wahl des Bürgermeisters Horn zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten merkt man wohl deutlich genug die Abstimmung und — wird verstimmt. Der Herr Einzender bat sich jedoch nicht die nötige Muße genommen, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinzial-Landtag sorgfältig zu prüfen; er würde sonst haben finden müssen, daß die Entscheidung von städtischen Deputirten im Verhältniß zu denen vom Lande eine geringe ist. Was nun insbesondere die Person des Marienburger Bürgermeisters betrifft, so halten wir denselben, so weit wir uns ein Urtheil überhaupt gestatten dürfen, gerade für den rechten Mann, erfüllt von regem Eifer für das Gemeinwohl und angereichert mit der erforderlichen Kraft, der Sache zu mitigen. Mag man sich deshalb durch jene allerdings mehr harmlose Stimme nicht beeinflussen lassen!

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kreistags-Mitglieder aus der Stadt Marienburg und Andere wieder vor der Zeit weggehen. Aber ein Gegenstand wird sie wohl in den Kreistagsaal locken. Nämlich die zweite Einladung macht bekannt, daß hr. Mr. Lieb-Marienau abgelehnt hat (die Wahl zum Provinziallandtags-Abgeordneten nämlich). Nun muß ein Anderer gewählt werden. Hr. Bürgermeister Horn-Marienburg stand bei der vorigen Wahl auf der engeren Wahl. Aber in den Provinzial-Landtag sind schon so viel Bürgermeister und Rechtsanwälte gewählt, daß trocken aller Bemühungen daran nicht zu denken ist. u.s.f.: "Sollten wohl glauben, daß ein amtliches Organ, wie es doch zweifelsohne ein Kreisblatt ist, wenn auch nur in seinem nichtamtlichen Theile, in solcher Weise die Verleihung der Pflichten der Kreistagsmitglieder und das Verlassen des Postens vor Erledigung der Tagesordnung halten wir für eine solche Verleihung — guttheisen darf?" Bei dem letzten Palms in Betreff der Wahl des Bürgermeisters Horn zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten merkt man wohl deutlich genug die Abstimmung und — wird verstimmt. Der Herr Einzender bat sich jedoch nicht die nötige Muße genommen, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinzial-Landtag sorgfältig zu prüfen; er würde sonst haben finden müssen, daß die Entscheidung von städtischen Deputirten im Verhältniß zu denen vom Lande eine geringe ist. Was nun insbesondere die Person des Marienburger Bürgermeisters betrifft, so halten wir denselben, so weit wir uns ein Urtheil überhaupt gestatten dürfen, gerade für den rechten Mann, erfüllt von regem Eifer für das Gemeinwohl und angereichert mit der erforderlichen Kraft, der Sache zu mitigen. Mag man sich deshalb durch jene allerdings mehr harmlose Stimme nicht beeinflussen lassen!

October wurde beschlußfähig, als er noch nicht einmal die Hälfte seiner Tagesordnung abgemacht hatte. Sie war freilich etwas groß. Der nächste Kreistag bekommt nun den Rest dieser Tagesordnung und kann nach der betreffenden Bestimmung der Kreisordnung beschließen, wenn er auch sonst nicht beschlußfähig wäre, nämlich wenn die Hälfte der Kreistags-Mitglieder auch nicht versammelt sind. Es wird also nichts schaden, wenn die Kre

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Paul Kuhl,
Amalie Kuhl, geb. Salmanzig.
Bada, den 16. November 1875.

Vorschuss-Verein zu
Danzig,
Eingetragene Genossenschaft.
Mittwoch, den 24. November er.,
Abends 7½ Uhr, im kleinen Saale des
Gewerbehause Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht pro 1875 III. Quartal
(§ 38 b. der Statuten).
2. Wahl eines Revisors pro 1874 (§ 74
der Statuten).

3. Mittheilungen über die, im Jahre 1876
zu Danzig stattfindenden Provinzial- und
allgemeinen Verbandstage der Deutschen
Erwerbs- und Wirtschafts-Genossen-
schaften und Wahl eines Local-Comités.

Der Verwaltungsrath des
Vorschussvereins zu Danzig.

Eingetragene Genossenschaft.
J. B.: C. Bergmann,
Vorstandes.

Hadeschacht.

Textbücher vorrätig bei
Herrmann Lau,

74. Langgasse 74.

Das Comtoir v. S. Möller,
Holzgeschäft, befindet sich
36. Brodbänkengasse 36.

Clavierstunden (Monat 9 M.) werden ertheilt.
Adressen werden unter No. 427 in der

Exp. dieser Blg. erbeten.

Malakoff,
russ. Magenbitter.
Kohlengasse No. 1.

Straßburger
Gänseleber-Trüffel-

Wurst,

Fasanen-Pasteten,
Rebhuhn:

Drossel-
Gänseleber-

Rügenwalder
Gänsebrüste,

Astr. Perl-Caviar,
Goth. Cervelatwurst,

Leber-Trüffel-
Wurst,

große Neunaugen,
Pumpernickel

empfiehlt

A. Fast, Langenmarkt
No. 33/34.

Jacob Goldschmidt,
133 Heiligegeistgasse 133,

empfiehlt sein Pelz- und Nach-
waren-Lager bestehend in Herren-
Sch- und Reise-Pelzen, Schlättendecken,
Pelzstiefeln, Rockfutter, Pelzmützen, wie
auch für Damen: Muffen, Stolas, Da-
menpelzfutter und Besätze in jeder be-
liebigen Fellgattung zu sehr soliden Preisen.

Reparaturen, sowie Neuverarbeitungen
prompt, sauber und auf's billigste aus.

Eine große Parthei Pelz-Thawls
sehr billig.

Jacob Goldschmidt,
133 Heiligegeistgasse 133.

Eine gr. Hand-Harmonika
m. 2 Reihe Stimmen u. 6 Begleit-Bässen,
von Mahagoni u. Nussbaumholz sehr aus-
gearbeitet, ist sehr billig zu verkaufen Gr.

Posaunenbogen No. 1, 3 Treppen.
3000 und 2000 Thlr. festes Geld
habe ich pupillarisch sicher zu be-
geben. Off. i. d. Exp. d. Blg. u. 408 erh.

Eine gut erhaltene Büchse mit Zubehör
ist Pfesserstadt 28, pari. l. zu ver-
kaufen.

(426)

Damen-,
Herren-,
Kinder-
Wäsche
hält auf Lager und fertigt auf
Bestellung
N. T. Angerer,

Leinen-Handlung und Wäsche-
fabrik,
Langenmarkt 35.

Echt Erlanger Export-Bier

aus der Brauerei von Gebr. Reiss in Erlangen empfiehlt in Gebinden
und Flaschen die alleinige Niederlage von

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Ball- und Gesellschafts-Costüre
erhielt in großer Auswahl
Maria Wetzel.

CONCERT

Pianistin Frau Sophie Menter

und des R. A. Kammervirtuosen

Cellisten Hrn. D. Popper

findet am Freitag, den 26. November, Abends 7 Uhr, im

"Apollosaale des Hotel du Nord"

statt. — Numerirter Platz à 3 M. Stehplatz à 2 M.

Die gezeichneten Billets bitte abholen.

F. A. Weber, Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung.

Zur gefälligen Beachtung. eine Telegraphenbau-Anstalt

speziell für electriche Haushaltegraphie, eingerichtet.

Ich übernehme die Legung und Anfertigung electricher Telegraphen für:
Haushaltungen, Hôtels, Restaurants, Fabrikalagen, Comtoire und alle
anderen Räumlichkeiten.

Die electriche Telegraphenleitung ist jeder anderen vorzuziehen. Ihre Tragweite ist unbegrenzt; der galvanische Strom funktioniert eben so exakt über als unter der Erde, er zeigt dem Hotelwirt mit derselben Sicherheit an, wie lange Zeit sein Kellner braucht, um den Gast zu bedienen, als er den weitaus schlafenden Bankier weckt, wenn ein Dieb seine Kasse ausräumt.

Bei Anfahrt ist in meinem Geschäftsalon ein Demonstrations- und Muster-tableau aufgestellt; es kann sich jeder dafür interessieren von der exakten Wirkung des electrichen Haush-Telegraphen überzeugen.

Im empfiehlt mein neues Unternehmen und bitte dasselbe durch Aufträge geneigtest zu unterstützen.

Danzig, im November 1875.

Mit Hochachtung ergebenst

Victor Lietzau,
Brodbänken- und Pfaffengassen-Ecke No. 42
in Danzig.

Das Möbel-Magazin

und die

Federmatratzen-Fabrik

von Otto Jantzen,

vorm. H. A. Paninski & Otto Jantzen, in DANZIG,
Langenmarkt 2, vis-à-vis der Börse,
im Jantzen'schen Hause.

Zur Herbst-Saison sind viele neuen Möblements zu
ganzen Ausstattungen und neuen Einrichtungen aus meinen
Werktäten in gediegener Arbeit und zu soliden Preisen
hervorgegangen, welche hiermit empfohlen.

Sophas in kräftigsten Polstern mit Damastbezug 22—26 R., geschweifte
Sophas (Causeuses) mit Rips 30 R., desgl. in Plüscher 36 R., sowie hoch-
elegante Garnituren zu verschiedenen Preisen.

Spelse- und Sophatische von 5, 9, 10, 12, 15 R. etc.

Silber- und Wäschospindle, 5, 7, 13, 15 R. etc. bis zu den feinsten.

Kleiderspind zum Auseinandernehmen, 1 und 2 Thüren, 12, 13 u. 15 R.

Stühle pr. 1/2 Dtzd. 9 u. 11 R., Wiener Stühle pr. 1/4 Dtzd. 13—15 R.

Büffets in nussbaum und mahagoni von 38 R. an in reicher Auswahl bis

zu den größten Mustern.

Damen- und Herren-Bureaux 44—58 R., sowie Schreibtische zu

21, 22, 23 R. etc.

Bettgestelle in birke, mahagoni und nussbaum, in Kiefern poliert à Stück

complet 19 R. (incl. Federmatratze).

Wasch-Tolletten à 2, 3½, 4, 6 u. 7 R., sowie feinere mit Marmor-Aufsatzen.

Spiegel in grosser Auswahl von 2½ R. an, grosse Pfeilerspiegel mit Marmor-

Console in Gold oder poliert und gekehlt Holzrahmen 30 R., incl.

Marmoreconsole.

Complete Speise- u. Schlafzimmereinrichtungen stets in jeder Holzart am Lager.

Von Comtoir-Pulten und Brief-Schränken reichhaltig Lager.

Preise von besten Feder-Matratzen:

Feder-Matratzen mit Bettdeck bezogen und 50—60 starken Federn, und

doppelter Polsterung.

8, 9, 10—12 Thlr.

Illustrirte Preis-Cataloge mit über 100 Möbelzeich-
nungen werden auf Wunsch gratis versandt.

Hierdurch erlaube ich mir einem hoch-
geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu
machen, dass ich das altrenommierte

Hôtel Englisch Haus

am 1. October käuflich übernommen habe und
wird es mein Bestreben sein, die mich beehren-
den Gäste durch gute Speisen und Getränke,
sowie civile Preise zufrieden zu stellen.

Restaurant zu jeder Tageszeit und stehen
Salons zu Déjeuners, Dinners, Soupers, Hoch-
zeiten etc. stets zur Verfügung.

Table d'hôte 1½ Uhr und werden Anmel-
dungen zum Abonnement gern entgegen-
nommen.

Hochachtungsvoll
Fr. Wierig.

Danzig, im November 1875.

Ein tüchtiger Materialist
der polnischen Sprache mächtig, findet
bei freier Station u. 100 R. Salair

Ein wohlerhaltenes
Pianino ist zu mäßigen
Preise zu verkaufen Ankündigung 16.

Nautischer Verein.

Freitag, den 19. Novbr., Abends
7 Uhr, Vereins- Versammlung im
Hause der Kaufmannschaft Langen-
markt No. 45, 1 Treppen.

Tagesordnung:

Schiffahrts-Gesetzgebung.

Der Vorstand.

Das

CONCERT

Pianistin Frau Sophie Menter

und des R. A. Kammervirtuosen

Cellisten Hrn. D. Popper

findet am Freitag, den 26. November, Abends 7 Uhr, im

"Apollosaale des Hotel du Nord"

statt. — Numerirter Platz à 3 M. Stehplatz à 2 M.

Die gezeichneten Billets bitte abholen.

F. A. Weber, Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung.

404) C. H. Kiesau.

2000 22 1000.

Freitag, den 26. d. Abends 7½ Uhr:

Fabriksbericht. Vorstandswahl.

Hesse'scher Gesangverein.

Morgen Übungsstunde.

Kaufmännischer Verein

(Abtheilung für Stellenvermittlung)

sucht per sofort, resp. 1. Januar f.

2. Gehilfen für Materialgeschäfte { (freie

1 Eisenwaren { Station),

1 älterhaften Reisenden für Kohlen- und

Eisenbranche.

Nur schriftliche Bewerbungen sind

sch. einigst zu richten an

J. Schneller.

894) Heiligegeistgasse 129.

Sonnabend, 4. December,

Abends 7 Uhr,

I. Sinfonie-Concert

im Apollo-Saal

des Hotel du Nord,

unter Leitung des Herrn Capellmeister

Raessler und unter gefälliger Mitwirkung

der Opernsängerin Gräfin Baermann.

Cherubini L. Ouverture Anacreon.

Beethoven Sinf. F-dur 8 op. 93.

Lachner F. Arie aus Catharina Cornaro.

Schumann op. 66 Bilder aus Osten für Dr.

Hester von C. Reinecke arrang.

Mendelssohn Bartholdy Sinf. a-dur op. 90.

Numerirte Sitze für den Saal für 4

Concerte 10 M. für Balkon 9 M., Steh-
plätze à 1 M. 50 Pf.

Subscription für nur 2 Con-
certe pro Saal numerirt 5

Mf.; für Balkon 4 Mf. 50 Pf.

Constantin Ziemssen.

Großes Concert,

zum Besten für die Armen unserer

Diakone,

Sonntag, den

Beilage zu Nr. 9438 der Danziger Zeitung.

Danzig, 18. November 1875.

Bremen, 17. Nov. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11,00, 7c Dezember 11,10, 7c Januar 11,30, 7c Februar 11,50. Ruhig.

Bién, 17. Novbr. (Schlußcourse.) Papierrente 69,35, Silberrente 73,25, 1854r Loope 105,50, Bankaktien 918,00, Nordbahn 1697, Creditactien 192,70, Franzosen 279,50, Käfner 196,00, Käfner-Oderberger 113,50, Barbuditzer 131,00, Nordwestbahn 138,50, do. Lit. B. 42,00, London 113,90, Hamburg 55,60, Paris 45,20, Frankfurt 55,55, Amsterdam —, Creditloose 161,50, 1860er Loope 110,70, Lomb. Eisenbahn 102,00, 1864er Loope 183,70, Unionbank 69,75, Anglo-Austria 89,00, Napoleons 9,10, Ducaten 5,87%, Silbercoupons 105,00, Elisabethsbahn 161,50, Ungarische Bräuweinloose 76,70, Preuß. Banknoten 1,691/4, Tirol. Loope 31,50.

London, 17. Novbr. (Schluß-Course.) Consols 94%, 5% Italienische Rente 71%, Lombarden geschäftlos. 5% Italienische Prioritäten 104,50, do. do. 49, do. do. 44, 97,40, Staats-Schuldt. 34, 90,90, Lündb. do. 44, 100, St. Präm.-G. 1855 34, 130, Danz. Hyp.-Pfd. 5 —, Bankd. T.-Pfd. 4, 93,90, Soth. Präm.-G. 5 105,75, Ökonom. Pfd. 34, 84,50, Bonn. Hyp.-Pfd. II. u. IV. Gm. r. 110 5 100, III. Gm. r. 100 5 99,75, Siett. Nat. Hyp.-B. 5 101.

do. do. 49, do. do. 44, 100, Siett. Nat. Hyp.-B. 5 101.

Auleihe de 1865 23%, 6% Türken de 1869 271/4, 6% Vereinigte Staaten 7c 1885 103%, 6% Vereinigte Staaten 5% fundierte 103%. Österreichische Silberrente 64%. Österreichische Papierrente 60%. 6% ungarische Schatzbonds 93. 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission —. Spanier 181/4. Aus der Bank flossen hente 50 000 Pfd. Sterl. — Platzdiscont 21/2%.

London, 17. Novbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, angekommene Ladungen matt. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu nominell unveränderten Preisen. — Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 46 960, Gerste 4220, Hafer 3340 Orts. — Wetter: Veränderlich.

Antwerpen, 17. Nov. Getreidemarkt. geschäftlos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kastanien, Type weiß, loco 271/4 bez. und Br., 7c November 271/4 bez., 271/4 Br., 7c Dezember 271/4 bez., 271/4 Br., 7c Januar 271/4 Br., 7c Februar 271/4 Br. — Weichend.

Liverpool, 17. Nov. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Middleburg Orleans 7%, middling amerikanische 6%, fair Ollerah 4%, middl. fair Ollerah 4%, good middl. Ollerah 4%, middl. Ollerah 4, fair Bengal 4%, good fair Broach 51/4, new fair Doura 4%, good fair Doura 5%, fair Madras 4%, fair Bernam 71/4, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 7%. — Stetig.

Paris, 17. Nov. (Schlußcourse.) 3% Rente 65,75, Auleihe de 1872 103,70, Italienische 5% Rente 71,90, Ital. Tabaks-Actien —, Italienische Tabaks-Obligationen —, Franzosen 612,50, Lombardische Eisenbahn-Actien 225,00, Lombardische Prioritäten 231,00, Türken de 1865 23,80, Türken de 1869 137,00, Türkensloose 65,50, — Credit mobiliar 181, Spanier extor. 17%, do. inter. 15%.

— Börse Anfangs fest, gegen den Schluss matt.

Paris, 17. Nov. Producentenmarkt. Weizen unv., 7c November 26,50, 7c Dezember 26,75,

7c Januar April 27,50, 7c März-Juni 28,75, Mehl matt, 7c November 58,50, 7c Dezember 58,50, 7c Januar April 59,75, 7c März-Juni 61,75, Rübbel steigt, 7c November 110,00, 7c Dezember 110,00, 7c Januar April 104,00, 7c Mai-August 98,00, Spiritus matt, 7c November 44,25, 7c Mai-August 48,25.

New York, 16. Novbr. (Schlußcourse.) Wechsel an London in Gold 4D. 84C, Golbagio 141/2%, 5% Bonds 7c 1885 116%, do. 5% fundierte 116%, 5% Bonds 7c 1887 121/4, Creditbahn 15%, Central-Pacific 104, New York Centralbahn 104%. Höchste Notierung des Golbagios 14%, niedrigste 14%. — Waarenbericht. Baumwolle in New York 131/4, do. in New Orleans 12%, Petroleum in New York 121/4, do. in Philadelphia 121/2%, Mehl 5D. 85C, Rothen Frühjahrswiesen 1D. 36c, Mais (old mixed) 75C, Zucker (Fair refining Muscovado) 71/4, Kaffee (Riv.) 181/4, Schmalz (Marke Wilcox) 121/2C, Sped (short clear) 111/2C, Getreidefracht 9%.

Berliner Fondsbörse vom 17. November 1875.

Die Börse hatte heute vorzugsweise eine abwartende Haltung. Dem Geschäftsvolk fehlte jede Anregung, und so läßt sich eigentlich nur constatiren, daß die Börse zur festeren Tendenz neigte, ohne aber einer solchen Stimmung prägnanten Ausdruck zu geben. Von den internationalen Speculationspapieren haben Destr.

Staatsbahnactien eine nicht ganz belanglose Courssteigerung aufzuweisen. Österreichische Creditactien und Lombarden zeigten sich zwar auch fest, fanden aber doch nicht sonderliche Beachtung. Österreichische Nebenbahnen trugen einen sehr festen Charakter. Locale Speculationseffecten verhielten sich sehr still. Für ausländische Staatsanleihen war die Stimmung im Allgemeinen günstig der Verkehr darin blieb aber meist sehr gering. Preußische und andere deutsche Staatspapiere wurden sehr wenig umgesetzt. Preuß. Prioritäten waren im Ganzen fest ohne daß das Geschäft dann irgend welche Regsamkeit angenommen hätte. Destr. Prioritäten auch teil-

weise lebhaft. Auf dem Eisenbahnactien-Markte war die Stimmung nur theilweise fest. Bankactien unbelebt. Industriepapiere meist ohne Geschäft. Kohlenbergwerke belebt.

+ Güten vom Staat garantirt.

Deutsche Fonds.		Hypotheken-Pfandb.		Div. 1874		Div. 1875		Div. 1874		Berg- u. Hütten-Gesellsc.			
Unt. Bld. B. & B. Bld.	5	Russ. Bod. Crd. Pfd.	5	84,40	Berlin-Hamburg	169,50	12%	+ Stargard-Polen	101	41/2%	do. do. B. Gitterh.	5	65
Consolidirte unl.	41/2 104,25	Russ. Central. do.	5	90,50	Berlin. Nordbahn	0,60	0	Wittlinger	111	71/2%	+ Magyar. Nordbahn	5	59,25
Pr. Staats-Unl.	41/2	Bod. Crd. Hyp.-Pfd.	5	102	Berl.-Bd.-Magd.	64,25	11/2	Zillert.-Insterburg	21	0	+ Magyar. Süd. Bahn	5	55,30
do. do.	4	99	do. do.	41/2 97,40	Berlin-Stettin	119	91/2	Weimar-Gera gat.	50,90	41/2%	Bresl.-Grajewo	5	77,50
Staats-Schuldt.	31/2 90,90	Kündb. do.	41/2 100	do. Bod.-S. Gm.-G.	76	71/2	do. St.-B.	27	5	Chrl.-Kazow ril.	5	95,50	
St. Präm.-G. 1855	31/2 130	Danz. Hyp.-Pfd.	5	—	do. do. do. do.	—	—	Bresl.-Charlow	5	96,25	Norddeutsche Bank	124	101/2%
Bandsch. T.-Pfd.	4 93,90	do. Riedelat.-Br.	4	67,80	do. Riedelat.-Br.	90	5	Bresl.-Kiew	58,50	0	Der. Credit-Anl.	330,50	6%
Ökonom. Pfd.	31/2 84,50	Bonn. Hyp.-Pfd.	5	98,40	Gr. Kr.-Kempen	0,70	0	Brüssel-Kiel	85,50	8,67	Preuß. Bank	164,50	121/2%
do. do.	4 93	do. Hyp.-Pfd.	5	98,80	do. St.-Br.	—	0	Brüssel-Müden	99,50	—	do. Bodenb. B.	89,50	8
do. do.	41/2 100	do. p. 1881	6	102,90	Halle-Sorau-Gm.	6,70	0	Gotthardbahn	59,50	6	Br. Gent.-Bd.-Cr.	114,90	91/2%
Bonn. Pfandb.	31/2 83,50	Newyork. Stadt-L.	7	100,50	Hannover-Altenber	10	0	Kronpr. Lub.-B.	50,50	5	Bresl.-Gdansk	50	0
do. do.	4 93	do. Gell.-L.	6	98,30	Dober.-Franz. Sl.	26,40	0	Mittd.-Lüding	13,50	0	Utrecht. Gd.-B.	115	91/2%
do. do.	41/2 102,10	do. Gell.-L.	6	70,80	do. St.-Br.	—	0	Neisse.-Gdansk	48,50	8	London	8	91/2%
Bohmische neue do.	4 93	Italienische Rente	41/2	61,20	do. St.-Br.	62	0	Neisse.-Gdansk	235,90	5	Görlitz. Bankverein	82	6
Westpreuß. Pfad.	31/2 83,50	do. Silber-Rente	41/2	64,50	do. St.-Br.	62	0	do. B. Junge	68,75	5	Paris	8	91/2%
do. do.	4 92,75	do. Riedelat.-Odl.	6	479	do. St.-Br.	62	0	Reichenb.-Bard.	55,50	41/2%	Utrecht. Bank	84	0
do. do.	41/2 99,90	do. 1854	4	102,60	Magdeh.-Halberst.	38	3	Rumänische Bahn	28,30	—	Berl. Vereinsbank	14,50	0
do. do.	5 107	do. Crd.-S. B. 1858	—	331,40	do. St.-Br.	47,50	31/2	do. St.-Br.	84,50	8	Actien d. Colonia	6300	55
do. do.	4 93,75	do. 1860	5	108,50	Magdeh.-Halberst.	4	—	do. St.-Br.	104,75	51/2%	Actien d. Hanover.	15	1/2%
do. do.	41/2 99,90	do. 1860	5	108,50	do. C.	79	5	Magdeh.-Leipzig	205	14	Berl. Com. (Gec.)	60	0
do. do.	5 107	do. 1864	300	—	do. St.-Br.	47,50	31/2	Magdeh.-Leipzig	87,50	4	Berl. Handels-G.	189	191/2%
do. do.	4 93,75	do. 1865	5	72,50	do. C.	79	5	Magdeh.-Leipzig	87,50	4	Berl. Gitterh.-B.	30	3
do. do.	41/2 99,90	do. 1865	5	162,25	do. St.-Br.	—	5	Magdeh.-Leipzig	180,50	11/2	Deutsche Bauges.	48,25	0
Bonn. Rentenb.	4 95,75	do. Schatzw. II.	6	90,70	do. St.-Br.	23	0	Magdeh.-Leipzig	180,50	11/2	Petersburg	280,0	51/2
Bohmische do.	4 95,25	Buss.-Gd.-Anl. 1822	5	—	do. St.-Br.	131,50	12	Magdeh.-Leipzig	180,50	11/2	do.	280,0	51/2
Grenzliche do.	4 95,25	do. do. Anl. 1859	3	—	do. St.-Br.	94,30	61/2	Magdeh.-Leipzig	180,50	11/2	Warschau	263,25	51/2
Sab. Präm.-Anl.	4 118,50	do. do. Anl. 1859	5	98	do. St.-Br.	66,75	0	Magdeh.-Leipzig	51	0	Sorten.	267	—
do. Präm.-Anl.	4 121,10	do. do. von 1871	5	98	do. St.-Br.	0,30	0	Magdeh.-Leipzig	114,50	6	Reichsb.	15,75	0
Braunf. Br.-E.	31/2 79,50	do. do. von 1873	5	98,75	do. St.-Br.	94,30	61/2	Magdeh.-Leipzig	51	0	Dukaten	1,50	0
Altn. Wt. Br.-E.	31/2 108	do. Stieg. Gd.-Anl.	5	95,25	do. St.-Br.	104,25	81/2	Magdeh.-Leipzig	107,75	10	C. U. S. u. W. -A.	1,50	0
Wt. 50rt. do.	3 176,50	do. Stieg. Gd.-Anl.	5	95,25	do. St.-Br.	20	5	Magdeh.-Leipzig	18,20	51/2	Coverages	20,31	—
Güte der Br. Wt.	31/2 173,50	do. Stieg. Gd.-Anl.	5	169	do. St.-Br.	31,50	0	Magdeh.-Leipzig	90,25	6	Rapoleond's	16,17	—
Oldenburg. do.	3 138,20	do. do. von 1866	5	166,50	do. St.-Br.	61,50	5	Magdeh.-Leipzig	51	0	Imperial	8,50	0
					Rhein-Nahe	10,60	0	Magdeh.-Leipzig	81,10	12	Dollar	—	—
					do. Nordwestb.	5	—	Magdeh.-Leipzig	117	12	Fremde Banknoten	99,86	—
								Magdeh.-Leipzig	—	2	Deutsche Banknoten	177,25	—
								Magdeh.-Leipzig	—	2	Wittstocker	186	—
								Magdeh.-Leipzig	—	2	Großherzoglich	268,30	—

Befanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 12. November 1875 ist am heutigen Tage in das diesseitige Handels-Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 23 eingetragen, daß der Kaufmann Istor Kaminski zu Pr. Stargardt für seine Ehe mit Melanie Laura geborenen Friedrich durch Vertrag vom 25. October 1875 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.
Pr. Stargardt, d. 15. November 1875.
Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. (374)

Holz-Auction.

Donnerstag, d. 9. Dezbr. c.,
12 Uhr Mittags, beabsichtige ich auf
meinem Gute Heidemühle bei Stuhm
etwa

150 Stück extra starke

Eichen

die sich vorzüglich zum Schiffbau und
allen sonstigen gewerblichen Zwecken eignen,
sowie eine große Partie

junge Fichtenstämme,

geeignet zu Leiterbänken, Hopsen-
stangen u. s. w., meistbietend gegen baare
Bezahlung zu verkaufen.

Sämtliche Eichen stehen auf dem
Stamme und sind von einem Königlichen
Forstbeamten vermessen.

Auf Verlangen werden am Auctionstage,
Vormittags 11 Uhr, am Postgebäude in
Stuhm Wagen zur Abholung von Kauf-
liebhabern bereit stehen.

Heidemühle, den 17. November 1875.
(Poststation Nehhof)

H. Schneider.

379)

Geschäftseröffnung.
Die Eröffnung meines
Restaurants in meinem
Hause

Breitgasse No. 111,
unter Empfehlung warmer und kalter
Speisen zu jeder Tageszeit, Getränke jeder
Art, hiesiger und auswärtiger Biere z. c.,
sowie eines vorzüglichen Billards, erlaube
ich mir dem geehrten Publikum, sowie
meinen Freunden und Bekannten, unter
dem Versprechen anständiger und reeller
Bedienung ganz ergebenst anzuseigen.

O. R. Franzkowski.

Ein Handelslehrer, mustäglich, für die un-
teren Klassen d. s. Gymnasiums vorh.
sucht sofort Stellung. Nähre Auskunft
unter No. 377 in der Exp. dieser Stg.

An Ordre

verladen im Schiffe „Trientia“, Capitän
Feddes, durch Joseph Dahauer in
Hamburg

1/75 Säde Para-Rüsse.
Dieselben sind bereits entloht und wollen
der unbekannte Empfänger sich schleunigst
melden bei

Aug. Wolff & Co.

Hôtel drei Mohren,

Danzig,

Holzgasse No. 26, Holzgasse No. 26,
hat gut und bequem eingerichtete Fremden-
zimmer, sowie Zimmer mithinweise auf
Woche und Monat.

W. Baresel.

Fetten Räucherlachs
in halben Fischen und einzelnen Pfunden,
frische Silberlachs verschiedener Größen,
delicate frisch geräucherte

Spidaale, Spitzgänse und Henlen,
sowie frisch geröstete marinirte Weichsel-
Neunungen in $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Schokfächchen
verpackt, auch stückweise empfohlen und ver-
sendet billigt

Alexander Hoilmann,
354) Scheibenrittergasse 9.

Holl. Canariensaft

gebe billigst ab.

Albert Meck, Heiligegeist-
gasse 29.

Bouquets und Kränze
von frischen und getrockneten Blumen, Topf-
gewächse in großer Auswahl empfohlen:

Die Blumenhalle Reitbahn 13,
Auswärtige Bestellungen werden prompt
effectuirt.

M. Baymann.

Die
Gärtnerei von A. Bauer,

Langgarten 37/38,
empfiehlt nach umfangreicher, nunmehr
vollendetem Geschäftseinrichtung ihre sehr
reichen Vorräthe an schönen Pflanzen, für
alle vorkommenden Gelegenheiten der ge-
neigten Beachtung.

Desgleichen werden Bouquets, Tafel-
aufsätze, Kränze, Körbe, Palmwedel
z. c. in eleganter und geschmackvoller Aus-
führung zu billigen Preisen geliefert.

Yellowmetall, Kupfer,

Zink von Schiffsböden
kauf und zahlt den höchsten Preis

die Metallschmelze von

S. A. Hoch,
Johannisgasse 29.

9941)

Besten Limmer-Asphalt

empfiehlt und übernehme dessen Verarbeitung
zur Abdeckung von Gewölben, zu Polier-
schichten und Ganglagen aller Art für
Trottoirs, Hausschlüsse, Kellerien, Pferde-
ställe z. c. unter Garantie für sorgfältige
Ausführung.

Herrn. Berndts,

6557) Lastadie 3 u. 4.

Gute Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken empfohlen zu 5 M. 50 Z. pro
Centner

S. A. Hoch,

Johannisgasse 29

Schrotmühlen

von verschiedener Größe, ■■■

Hebel-Häckselmaschinen

für Handbetrieb in drei Größen,

Drehmangeln

bester Construction und Ausführung

empfohlen

J. Zimmermann,

Steindamm 7. (6611)

Die Säckefabrik

von

A. F. Kirsten in Elbing

liefer 10% billiger wie jeder Hamburger
Brotschenhändler vermöge der billigen Ar-
beitslöhne und der direchten Beziehungen

Gebetessäcke von nur bestem Drüllich,
Weihesäcke zum Export und sogenannte
Lieferungs-Säcke für Berlin, Salzsäcke,

in allen Größen und Qualitäten, sowie
alle anderen nur denkbaren Sorten Säcke.

Proben werden gegen Nachnahme zuge-
schenkt. Preisslisten stehen gern zu Dienst-

Juländische frische Rüb-
küchen offeriert billigst

Bernhard Behrendt,
Christburg.

Hypotheken-Capitalien

zur ersten Stelle auf ländliche Grundstücke
weist in größeren Summen nach

Albert Fuhrmann, (9912)
Comtoir, Sophie-gasse 28, Speicher-Insel.

7 bis 8000 Thaler

werden zur ersten Stelle auf ein siche res
städtisches Grundstück gesucht. Gefällige
Offereten unter St. B. postlagernd
Christburg. (369)

5 Stück Arbeitspferde

stehen wirtschaftsveränderungsh. zum
Verkauf in Randen per Belplyn bei

344) H. Kuhncke.

Einen Ziegelbreuer-Wistr., Wirts-
chaftsbeamten u. Hofmeister mit
langj. g. Alt. w. n. J. Heldt, Breitg. 114.

Getreide-Paritätstabellen

nebst englischen u. holländ. Frachten-
tabellen offeriert broschirt a 1 M. 25 Z.
gebunden 1 M. 50 Z. (382)

E. Klitzkowski,

Comtoir: Heiligegeistgasse 59.

Ein Gut welches mit 6000 Thaler
Rantion, resp. zum Ankauf von
Inventarium gepachtet werden kann
wird gewünscht.

Verpächter wollen ihre Adressen unter
No. 370 in der Expedition dieser Zeitung
abgeben.

15 gr. hochr. Rühe und Stärken

billig zum Verlauf Station Grunau No. 1.

Ein photographischer großer Apparat
(Ba g - Camera) nebst sämtlichen
Untensilien zur Photographie sind für den
Preis von 60 Thlr. zu haben bei

F. Volkman,

in Bönhof Kr. Stuhm

Eine naturh. Sammlung 653 Exempl.
aus dem Thier- und Mineralreich incl.
Transport und Aufstellungskosten für den
Preis von 190 Thlr. Catalog auf Ver-
langen.

F. Volkman,

in Bönhof Kr. Stuhm.

Agenten gesucht.

Ein leistungsfähiges Haus in Bremen
sucht für Petroleum und Reis tüchtige
Agenten mit prima Referenzen.

Offereten unter Litera B. 823 sind an
die Annonen-Expedition von C. Schlotte
in Bremen zu richten. (371)

Für ein Porzellan- und Glaswaren-
Geschäft in Danzig wird

um 1. Januar 1876 ein, in diesem
Fache schon erfahrenes, fleißiges und
ordentliches junges Mädchen gesucht.

Adresse mit Abschrift der Beug-
nisse werden unter No. 381 in der
Exp. dieser Stg. erbettet.

Provisionsreisender

gesucht.

Eine rheinische Zwischenhandlung sucht für
die Provinz Preußen einen zuverlässigen
Provisions-Reisenden, der mit der Kun-
denschaft betraut und solche regelmäßig besucht.

Franco-Offereten unter A. C. 158 be-
fördernt die Annonen-Exped. von Haasen-
stein & Vogler, Berlin S. W. (H. c. 14224)

Ein Deconom, 24 Jahre alt, aus guter
Familie, thätig und zuverlässig, sucht
zum 1. Januar 1876 Stellung. Gefällige
Offereten unter S. P. postlagernd Ritter
Kreis Koniz. (409)

Ein j. Mann, Mitte 30er, sucht Agenturen
zu übernehmen. Adresse unter No. 391 nimmt
d. Exp. d. Stg. entgegen.

Ein Buchhalter,

mit guten Empfehlungen versehen, sucht per
1. Januar 1. J. ein anderweitiges Engage-
ment.

Gef. Offereten werden unter No. 215 in
der Exped. dieser Zeitung erbettet.

Eine erfahrene Wirthin,

in der feinen Küche, und der Molkerei wird
zum 1. Januar 1876 von dem Dominium
Wohnwo bei Bromberg gesucht.

Gehalt 240 Mark. (376)

Ein solider Buchbinder-Gehilfe

findet dauernde Beschäftigung bei hohem
Salair in der Buchbinderei bei

O. Dittrich
378) in Berent Westpr.

Ein j. Mann, Comtoirist,

der doppelten Buchführung mächtig, sucht
Stellung zum sofortigen Antritt.

Adresse w. u. 401 i. d. Exp. d. Stg. erb.

Ein junger Mann,

mit der Getreide- und Spiritusbranche,
doppelten Buchführung und Correspondenz
vollständig vertraut und mit guten Re-
ferenzen versehen, sucht zum 1. Januar 1876
eine dauernde Stellung. Gef. Offereten u.

No. 310 i. d. Exp. d. Stg. erbettet.

Herrn. Köhnen, Kindstr. u. Wirth-
empf. d. Gei.-Büro Körnemarkt 30.

Ein großes Speicher-Unterhaus
für Waaren sofort zu vermieten. (391)

Ein neu wöbl. Zimmer in Glocken-
thor 134, 1 Tr., zu vermieten.

Oliva, Beloukerstraße No. 15, 1 Tr.

Ob., ist eine freundl. Wohnung,
best. a. 2 Stuben, Cabinet, Balkon, Küche
u. a. Zubehör, z. Jan. 1876 zu verm. Auch
s. das möbl. Zimmer einzeln z. verm.

Circa 200 Liter Milch sind täglich
auf einem Gute in unmittelbarer
Nähe von Danzig sofort an einen
zahlungsfähigen Abnehmer zu verge-
ben. Zu erfragen unter No. 366 in
der Expedition dieser Zeitung.

Ein starker Kastenwagen, leicht
fahrend und auf Federn, ist
für den festen Preis von 65 Z.
zu verkaufen. Näheres u. No.
194 i. d. Exp. d. Stg.

Malvorlagen, leihweise, L. G. Homann's
Buchhandlung, Browe & Bentz,
Jopengasse 19. (391)

Verantwortlicher Redakteur: O. Becker.
Druck und Verlag von A. W. Klemann
in Danzig.